

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dritteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
jeite oder deren Raum 40 Pfg. für
Berichts- und Besammlungs-Anzeigen,

Berliner Volksblatt.

Korrespondenz: Nr. 1, Nr. 1608.
Telegraphisch: Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.

Donnerstag, den 5. Mai 1898.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.

Und die deutsche Regierung?

Frankreich ist fürwahr kein Musterstaat. Es befindet sich
unter der Herrschaft des Kapitalismus, gerade so gut wie
Deutschland, und der französische Kapitalismus tanzt ebenso

Unter all' diesen Steuern, die die kapitalistische Habgier
erfunden und dem Volke mit der heuchlerischen Versicherung,
in seinem Besten zu handeln, aufgehalst hat, sind die Korn-

Die gefährlichsten und gehässigste Form des Kornwuchers
ist aber die künstliche Vertheuerung des Brotes durch Mißbrauch
der Gesetzgebungs-Maschinerie: die sogenannte Politik

Diese gesetzliche und öffentliche Kornvertheuerung hat alle
börsartigen Merkmale und Eigenschaften des privaten Korn-
wuchers. Sie schafft künstliche Theuerung, und hat die

Jetzt ist's aber zu arg geworden. Die Theuerung, welche
als notwendige Folge des spanisch-amerikanischen
Krieges über Europa hereingebrochen ist, hat dem hungernen

In Italien hatte die Regierung anfangs — nach bekanntem
Rezept — für das hungernde Volk bloß blaue Bohnen. Sie
hat sich aber unter dem Druck der Noth gestern Nachmittag

In Deutschland hat die sozialdemokratische Fraktion, als
Vertreterin der einzigen wirklichen Volkspartei, eine Inter-
pellation bezüglich der Kornzölle eingebracht. Auf Wunsch

Was wird die Reichsregierung heute ant-
worten?
Wird sie hinter der französischen, hinter
der italienischen Regierung zurückbleiben?

Wahlkampf.

Die Berliner Reichstags-Kandidaten

Sind nun von allen Parteien bekannt gegeben. Von der sozialdemo-
kratischen Partei ist im ersten Wahlkreise Redakteur Hugo
Pöschel, von den Freisinnigen Dr. Langerhans, von den konser-

Die Offiziösen gegen die Sozialdemokratie.

Die „Berl. Vol. Nachr.“ bringen heute wieder einmal einen
langen Sammlungsaufsatz gegen die Sozialdemokratie. Wir geben
das wesentliche des Aufsatzes wieder:

Es ist durchaus notwendig, der Wählerschaft klar zu machen,
daß sie keine größere Thorheit begehen könnte, als am
Tage der Wahl den Kandidaten des Umsturzes

Sie wenig wir diese Aporosrophe an die Wähler fürchten, wie
wirkungslos dieses Gewebe von Lügen und Verdrehungen sein wird, läßt
sich am besten schon daraus erkennen, daß das verbreitetste und einfluß-

Das geklügte Zentrum.
In München hat nun die wiederholt an- und abgefragte
Zentrumsversammlung endlich stattgefunden. Es sprachen Dr. Schäbler,
Dr. Bähler und Dr. Orierer über die Frage der Trennung

Der Reichstag hat heute mit großer Mehrheit folgende Bestim-
mung in den § 172 Absatz 3 der Militär-Strafprozeß-Ordnung auf-
genommen, die mehr als ein langer Leitartikel es könnte, die Stellung

Der Wahlaufruf der ober-schlesischen Polen.
Endlich hat auch der „Katalit“, das führende Organ der
ober-schlesischen Polen, seinen Wahlartikel gebracht. Wie

Also noch einmal sind die tiefen Risse und Brüche im Zentrum
zugelockt. Aber die Herren fühlen es selber, daß die Partei solche
Vorkommnisse wie beim Flottengesetz nicht mehr oft vertragen

Und vorläufig sind es nur die Parteiführer, welche das
Beieinanderbleiben wünschen. Aber die Reichstagswahl wird
es erweisen, wie die Zentrumswähler selbst über

Die National-Sozialen geben sich als Arbeiter-
freunde. Und mancher von ihnen mag es recht bieder meinen. Aber
um so thöricht ist der Weg, den sie einschlagen.

Ueber die Monarchie wollen wir nicht lange mit den Herren
reden. Nach ihnen müßte Rußland an der Spitze des Fortschritts
marschiren, denn dort ist die Monarchie noch stark genug,

Die Sozialdemokratie will unser Volk wehrlos machen. Herr
Lischerer über uns auf unsere gestrigen Mittheilungen über
sein Flugblatt im ersten Berliner Wahlkreise einige Zeilen der

Die Sozialdemokratie denkt garnicht daran, das Reich wehrlos
zu machen. Sie will es sogar stärker und mächtiger machen, als es
je durch den heutigen Militarismus werden kann.

Die Sozialdemokratie denkt garnicht daran, das Reich wehrlos
zu machen. Sie will es sogar stärker und mächtiger machen, als es
je durch den heutigen Militarismus werden kann.

Die Sozialdemokratie denkt garnicht daran, das Reich wehrlos
zu machen. Sie will es sogar stärker und mächtiger machen, als es
je durch den heutigen Militarismus werden kann.

Die Sozialdemokratie denkt garnicht daran, das Reich wehrlos
zu machen. Sie will es sogar stärker und mächtiger machen, als es
je durch den heutigen Militarismus werden kann.

Die Sozialdemokratie denkt garnicht daran, das Reich wehrlos
zu machen. Sie will es sogar stärker und mächtiger machen, als es
je durch den heutigen Militarismus werden kann.

Die Sozialdemokratie denkt garnicht daran, das Reich wehrlos
zu machen. Sie will es sogar stärker und mächtiger machen, als es
je durch den heutigen Militarismus werden kann.

Die Sozialdemokratie denkt garnicht daran, das Reich wehrlos
zu machen. Sie will es sogar stärker und mächtiger machen, als es
je durch den heutigen Militarismus werden kann.

Fortliche Unternehmer ihre Arbeiter, dafür lassen ihm jetzt die Polen die Hände. Hässlich öffnet das auch den letzten der politischen Sozialdemokraten, die noch immer auf eine Waffenbrüderschaft mit der „Katholik“ Partei hoffen, vollends die Augen.

Reichstagskandidaturen.
Aufgestellt sind folgende Kandidaturen: in Wiesbaden: Rheingau vom Zentrum Vorch; in Ansbach-Schwabach von der freisinnigen Volkspartei Landgerichtsdrath Held in Schwelm; in Kattivor vom Zentrum M.arrer Franz; in Lenney-Menscheid-Mettmann von den Nationalliberalen Kaufmann David Haiseneber; in Bauer-Landeshut von den Deutsch-sozialen Vormeister Timm in Hirschberg; in Falkenberg-Strottau vom Zentrum Abg. Subrich; in Heidelberg von den Antisemiten Dr. Bogen.

Die National-Sozialen, die ursprünglich einen eigenen Kandidaten im Wahlkreise Biel-Kemnünster-Rendsburg aufstellen wollten, haben jetzt beschlossen, keinen Gegenkandidaten gegen Professor Hänel zu nominieren.

Die Vertrauensmänner der Zentrumsparthei des Wahlkreises Schweidnitz-Striegau haben beschlossen, von der Ausfüllung eines eigenen Kandidaten bei den bevorstehenden Reichstags-Wahlen abzusehen und dafür den Kandidaten der konservativen Partei, den Ober-Regierungsdrath A. D. Freiherrn v. Reichshofen zu unterstützen. Dagegen bedarf man in Gletten-Ferfeln, sowie in Hagen nicht mehr mit den freisinnigen zusammenzugehen, sondern eigene Kandidaturen aufzustellen.

Im Wahlkreise Londern-Dusum soll eine vollständige Spaltung der nationalliberalen Partei erfolgt sein. Der Seiten stellte den Hofbesitzer Loennis-Garding, der Norden den Amtsgerichtsdrath Brockschmidt-Londern auf.

Politische Ueberblick.

Aus dem Reichstage. Die Koffer der Abgeordneten sind gepackt und nur mehr mit halbem Ohre folgen sie den Verhandlungen. So kam es, daß die hochwichtige Vorlage über den Militär-Strasprozeß nicht die Würdigung fand, die sie verdiente.

Unter Führung des Zentrums, das immer mehr in die Fußstapfen der Fraktion Dreifische eintritt, ist unter den „maßgebenden“ Parteien ein Kompromiß zu Stande gekommen, nach dem die paar Verbesserungen, die in der Kommission und in der zweiten Lesung angenommen waren, der Regierung zu Liebe wieder beseitigt werden.

Die Verteidigung des Kompromißes wie der ganzen Vorlage führte in der Generaldebatte Vassermann, dem vom Zentrum der Abg. Gräber sekundirte. Der Grundton der Reden dieser Herren war das alle nationalliberale Ciapopeia, daß an der Vorlage zwar manches auszufehen sei, daß sie aber gegenüber dem bestehenden Zustande eine wesentliche Verbesserung darstelle. Man nehme das weniger Gute, da das Bessere nicht zu haben sei.

Gegen diesen Nüchternheits-Standpunkt, der immer und überall der Reaktion die Wege ebnet und zur vollständigen Gefinnungs- und Grundstabslosigkeit führt, polemisirte in energischer Weise unser Genosse Frohne, der dann in großen Zügen die Gründe darlegte, warum unsere Fraktion überhaupt gegen eine solche Ausnahmestellung für das Militär sei, wie sie der Entwurf vorsehe.

Von der Linken sprach noch der Abg. Gaußmann (fd. Wp.) gegen die Vorlage, während Eugen Richter für sein Fährlein die Erklärung abgab, daß sie angesichts des bisherigen trostlosen Zustandes in Preußen für die Vorlage stimmen würden.

In der Spezialdiskussion vertrat Genosse Haase den Standpunkt unserer Fraktion, besonders gegenüber den Kompromißanträgen zu den §§ 8 und 172.

In namentlicher Abstimmung wurde der § 8 nach dem Kompromißvorschlag mit 150 gegen 101 Stimmen angenommen. Mit der Opposition stimmten die bayerischen Abgeordneten aller Parteien.

Ein poffenhafte Stüd leisteten sich die Herren vom Zentrum noch in bezug auf das bayerische Reservatrecht, betreffend den obersten Militär-Gerichtshof. Herr Dr. Lieber verlas in der ihm eigenen pathetischen Weise eine lange Erklärung, in der besonders die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß man die bayerischen Empfindungen schonen möge. Prompt antwortete der Reichstanzler, daß man den bayerischen Wünschen Berücksichtigung angebeihen lassen werde und daß die betreffenden Unterhandlungen sich in „fortschreitender Entwicklung“ befänden.

In der Schlussabstimmung, die eine namentliche war, wurde der Entwurf mit 177 gegen 88 Stimmen angenommen.

Angenommen wurde hierauf auch der Geszentwurf, betreffend das Verbot von Saccharin zur Bierbereitung. Gegen den Antrag stimmten nur einige Mitglieder der freisinnigen Volkspartei. Von unserem Genossen Borm wurde besonders das unwürdige, ja geradezu skandalöse Gebahren einiger Saccharinfabrikanten gebremdet.

Morgen 11 Uhr Zivillprozeß-Ordnung, Interpellation wegen der Getreidezölle und kleinere Vorlagen.

Das preussische Abgeordnetenhaus berich heute in erster Lesung den Geszentwurf, betr. die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering beföldeten Staatsbeamten. Die Vorlage, die für den genannten Zweck die Bewilligung weiterer fünf Millionen verlangt, wurde von allen Seiten ungenügend aufgenommen und als ein Werk von hoher sozialpolitischer Bedeutung gepriesen. Eine Ueberweisung an die Budgetkommission wurde nicht beliebt; die zweite Lesung wird sofort im Plenum stattfinden. Die dazu gehörige Denkschrift wurde durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Eine längere Debatte knüpfte sich an den Bericht über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung vom 1. Oktober 1896 bis dahin 1897. Selbst konservative Redner gingen mit dem Eisenbahnminister Zielen und seinem Chef, dem Finanzminister Dr. v. Miquel, scharf ins Geräch, weil ihre übertriebene Sparsamkeit nicht zu rechtfertigen sei. Helfen wird freilich auch das nicht, die preussische Finanzpolitik wird wohl noch wie vor auf die Erzielung hoher Ueberschüsse gerichtet sein. Der Bericht wurde schließlich für erledigt erklärt, ebenso ohne Debatte die Nachweisungen der zur Förderung des Baues von Kleinbahnen bis zum Schlusse des Jahres 1897 bewilligten oder in Aussicht gestellten Staatsbeiträgen, sowie die Beratung der Denkschrift und der Nachweisung über die zur Errichtung von landwirtschaftlichen Getreidelagerhäusern bis zum Schlusse des Jahres 1897 bewilligten Beträge.

Hierauf wurden Petitionen ohne allgemeines Interesse beraten.

Morgen: Zweite Beratung der Sekundärbahnvorlage, Petitionen.
Die Hungersnothpreise. Wir müssen, so gesteht die den Agrariern mehr als gewogene „Berliner Börsen-Zeitung“ zu, in ganz Europa damit rechnen, daß die Hungersnothpreise bis zur völligen Verkäuflichkeit der kommenden Ernte andauern, ja sich noch weiter erheblich steigern werden.

Dabei stand der Weizenpreis pro Tonne bereits am 30. April d. J.:

Gegen die Wotwoche: In Wien + 23,6 M., in Paris + 0,7 M., in Amsterdam + 11,7 M., in Liverpool + 33,8 M., in New-York + 11,6 M.

Gegen 1897: In Wien + 128,0 M., in Paris + 77,0 M., in Amsterdam + 73,3 M., in Liverpool + 85,5 M., in New-York + 63,6 M.

Gegen 1898: In Wien + 139,1 M., in Paris + 111,6 M., in Amsterdam + 87,2 M., in Liverpool + 93,3 M., in New-York + 79,4 M.

In Italien wurden, wie schon im Verharkel mitgeteilt, die Getreidezölle bis zum 30. Juni suspendirt. Die Regierung ist zu diesem Schritt durch den Aufstand des hungernden Volkes gezwungen. Freiwillig hätte sie nichts gethan. Die Nachrichten über die Unruhen in den verschiedensten Theilen Italiens klingen drohend genug.

Während in Turin die herrschenden Kreise, an der Spitze der Königin Umberto, glänzende Feste zum 50jährigen Jubiläum des sabonischen Verfassungstatuts feiern, geht der Hunger durch das unglückliche Land und das Volk erhebt sich.

Kus Bari, wo die ersten größeren Unruhen begannen, wird der „Neuen Freien Presse“ folgende Schilderung gesandt: Der heutige Tag bildet in der Geschichte Bari's einen schwarzen Punkt für ewige Zeiten; der Hunger riß die sonst so ruhige Bevölkerung zu Demonstrationen gegen die Stadterwaltung und den Staat hin, wie sie seit Menschengedenken hier nicht stattfanden. Die Ursache bildete die Brotpreiserhöhung; der Preis stieg seit drei Monaten von 20 Centesimi per Kilo auf 55 Centesimi. Angefichts der steigenden Getreidepreise blühte auch das Brot noch theurer werden und der Hunger in tausenden von Familien Einzug halten.

Gegen 8 Uhr früh zogen etwa 6000 Menschen vor das Haus des Sindaco und begeherten von diesem die Vertheilung von Brot sowie Geldunterstützung, worauf ihnen die Antwort ward, der Gemeinderath wüßte sofort über die zu ergreifenden Maßnahmen berathen. Die Menge begann nun, unbefriedigt über die Auskunft, zu pländern und zu brandstücken. In einem Zeitraum von zwei bis drei Stunden hatte Bari das Aussehen, als wüthete der Feind in seinen Mauern. Gegen 20000 Menschen zogen auf den Platz vor die Präfectur und das Municipium, drangen in diese Gebäude, warfen Bücher, Schüsseln, Effel, Tische, alles, was nicht wert- und nagelst war, auf die Straße, überschütteten die Objekte mit Petroleum und zündeten sie an. Das Polizeikommando wurde bis auf die Mauern niedergedrängt. Die Menge drang in Privathäuser ein und plünderte bei helllichem Tage. Geschäfte und Banken, auch die Banca d'Italia, schlossen gegen 10 Uhr vormittags. Die Schulen sind gesperrt, die Zollwächterhäuser wurden dem Erdboden gleichgemacht, die Finanzorgane vertrieben. Alles wurde ohne Verzehrgeldsteuer in die Stadt gebracht. Die Garnison (1200 Mann) zeigte sich zu schwach, es ist die helle Revolution. Heute Abend langten 1600 Mann Infanterie, 200 Karabinier und 200 Mann Kavallerie aus Neapel und Foggia an. Man spricht bis jetzt von 400 Verhaftungen, 80 Todten und unzähligen Verwundeten. In ganz Bari ist kein Fenster ganz geblieben. Die Laternen sind abgehoben und verborgen. Diese Nacht wird vollständiges Dunkel herrschen, was die frischen Truppen, welche die Stadt nicht kennen, verhindern wird, thätkräftig einzugreifen.

Weiter liegen folgende neue Nachrichten vor:

Piacenza, 3. Mai. Die Erregung dauerte noch Dienstag Nachmittag an. Die Aufwiegler warfen auf die Polizei mit Steinen, so daß letztere gezwungen war, von den Waffen Gebrauch zu machen. Ein Aufwiegler wurde getödtet, mehrere andere wurden verwundet; auch mehrere Soldaten erlitten Verletzungen.

Florenz, 3. Mai. In Figliana drang ein Haufe Manifestanten in die Getreidemagazine; da es den Weantern nicht gelang, Ruhe zu schaffen, kam es zu einem Zusammenstoß. Ein Aufwiegler wurde getödtet, mehrere wurden verwundet; auch ein Polizeibeamter ist schwer verletzt worden. Als Verhärlungen für die Polizei eintreffen, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden und die Magazine wurden wieder geöffnet.

Rom, 4. Mai. In Soreina (Provinz Cremona) kam es gestern wegen der Erhöhung der Wotpreise zu Kundgebungen. Die Polizei schritt ein und machte von der Waffe Gebrauch. Zwei von den Aufwiegleren wurden getödtet, einige andere verwundet, auch wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. — Auch in Parma kam es gestern zu Kundgebungen, die aber bald unterbrückt wurden.

Rom, 4. Mai. Der Ministerrath beschloß, die Altersklasse von 1875 unter die Waffen zu rufen.
Der Armeekorps-Kommandant in Piacenza wurde mit der Leitung des Schutzes der öffentlichen Sicherheit im dortigen Bezirke beauftragt. Ein gleicher Befehl erging für die ihrem Kommando unterstehenden Gebiete an die Korpskommandanten in Bologna, Ancona und Bari.

Rom, 4. Mai. („Woll, Fig.“) Die Ortschaften in Unteritalien, in der Romagna, in Toskana und der Emilia, in denen geradezu die Revolution herrscht, zählen bereits nach vielen Tausenden. Die Veranlassung ist überall Brotpreiserhöhung; aber dieser Anlaß wird auch benutzt, um der in den Volksmassen angehäuften Erbitterung über die unerträglichen sozialen Ungerechtigkeiten, das ausjauende Steuerwesen, die Gleichgiltigkeit der Behörden, die schlechte Gemeindevverwaltung, die thallose Regierungspolitik, Luft zu machen. Die Volksmassen, durch das herrschende System zum äußersten getrieben, um jedes Vertrauen in die Regierung und die herrschenden Klassen gebracht, wüthten gegen das öffentliche und Privateigenthum, plündern wo sie können, schenken nicht vor Bluthaten zurück. Die Sozialisten werden zahllose Anhänger gewinnen. Die Kammeropposition wird von der Lage Vorkiff ziehen. Sonnimo, Vaccelli, Prineti, Colombo, Foris verbündeten sich zu einem gemeinsamen Angriff auf das Ministertum. — Die Eisenbahn-Gesellschaften verweigern die von der Regierung verlangte Herabsetzung der Lebensmittelfrachttarife auf die Hälfte.

Deutsches Reich.

Ein Nationalliberaler über die Nationalliberalen. In der „Wittener Zig.“ schildert der Redakteur Wilhelm Hoppstädter, der 1893 nationalliberaler Reichstagskandidat in Altens-Ferfeln war, die Zustände in der nationalliberalen Partei u. a. wie folgt: Eine Partei sind wir schon lange nicht mehr, sondern eine lothere Vereinigung von Leuten, die früher einmal geschlossen auf Ziel marschirten und jetzt noch eine Welle insolge des politischen Trägheitsgesetzes in der früher scharf verfolgten Richtung hintrotzeln. Langsam, immer langsamer geht es, gekemmt von anziehenden Kräften rechts und links, bis das Gebilde schließlich auseinandersteigt. . . . Leider sind wir heute dahin gekommen, daß wir nur noch unsäckerer Kammeristen haben, insofern als man nicht mehr zwei nationalliberale Wähler zusammenbringen kann, die politisch und wirtschaftlich mit einander völlig harmoniren. —

München, 3. Mai. (Fig. Ber.) Der Landtag erledigte heute die Beratung des Justiz-Gesetzes. Beim Etat für Straf-Anstalten forderte unser Genosse Segis einen humaneren Straf-Vollzug für politische Gefangene. Weiter berührte er die in der „Münchener Post“ seinerzeit besprochenen Zustände in der Gefangenen-Anstalt Laufen. Minister v. Leonrod that sehr gekränkt und suchte sich, so gut es eben ging, aus der unangenehmen Affäre zu ziehen. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Das Reichsgericht verwarf die Revision des gegen die Redakteure der „Kolmarer Volksparthei“ wegen Majestätsbeleidigung ergangenen Urtheils. Ein Münchener Blatt hat den betreffenden Artikel abgedruckt, ohne daß man bisher von einer Anklage gehört hat. —

Wien, 4. Mai. Abgeordnetenhaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhorf Oeffentlichkeit der Verhandlungen des Aus-

schusses für die Anklageanträge gegen Wadeni. Der Antrag wird mit 144 gegen 115 Stimmen abgelehnt. Darauf geht das Haus zur Fortsetzung der Debatte über die Sprachverordnungen über. —

Der Ober-Landesgerichts-Präsident Tchorzewski in Lemberg hat das Großkreuz des Franz-Josef-Ordens erhalten. In dem Sprengel dieses Mannes wurden anlässlich der Reichstagswahlen gegen 300 Jahre Kerker über Bauern und Arbeiter verhängt. —

Frankreich.

353 Kandidaten bewerben sich um die 44 Siege des Seine-Departements, das im wesentlichen mit Paris und seinen Vororten zusammenfällt. —

England.

London, 30. April. (Fig. Ber.) Gestern hat das Parlament wieder einmal eine „asiatische“ Debatte gehabt, eine Diskussion über die Politik der Regierung in Ostasien. Daß viel dabei herausgeschaut hätte, kann man nicht sagen. Der Führer der Opposition, Sir William Harcourt, ist nicht der Mann, einer Debatte einen größeren Reiz zu verleihen. Er nimmt sich selbst zu wichtig, um anderen wichtig zu erscheinen, und seine nahezu anderthalbstündige Rede verlief, wenn sie auch in einzelnen manchen gelungenen Hieb auf die groben Mißgriffe einwirkte, deren sich das Kabinet Salisbury in den verschiedenen Phasen der Verhandlungen mit Rußland schuldig gemacht hat, schließlich im Grunde vager Allgemeintheiten. Daß Lord Salisbury sich in Ostasien mit Ruhm bedeckt habe, wagen selbst seine wärmften Vertheidiger nicht zu behaupten. Wie schönlich sich das Answärtige Amt und seine Vertreter von der russischen Diplomatie haben hinteren Bück führen lassen. Darüber hat das vorige Woche veröffentlichte Glaubuch über den chinesischen Handel der Welt die ergötzlichsten dokumetarischen Beweise geliefert. Die Art und Weise, wie die zarische Diplomatie nach altgewohnter Weise die englischen Geschäftsträger wiederholt über den wahren Zweck ihrer Maßnahmen getäußt hat, stellt die erstere gewiß moralisch bloß, ist aber für die mangelnde Umsicht der letzteren nur eine schwache Entschuldigung. Hier trat die Harcourt'sche Kritik in der That einen wunden Punkt der Salisbury'schen Diplomatie, und ebenso hatte der Wortführer der Liberalen nicht unrecht, wenn er die Hauptursache der Blöden, die sich England bei den Verhandlungen um Zollverträge ergeben, darin erblickte, daß Lord Salisbury's Regierung sich weder zu einer konsequent russenfreundlichen, noch zu einer entschieden antirussischen Politik ausschwingen konnte, sondern wiederholt zögerte, die Konsequenzen der eigenen Erklärungen zu ziehen. Herr Harcourt selbst ließ deutlich durchblicken, daß er es mit der weitgehendsten Russenfeindschaft veracht haben würde. Wie weit er damit gekommen wäre, ist eine andere Frage.

Für die Regierung antwortete James Walfour. Was er zur Verteidigung ihres Spiels mit der gegen Rußland vordrante, war schwach, seine Hauptpunkte beruhte vielmehr in der Behauptung, daß Rußland durch die hinterhältige und zugleich provozierende Art seines Auftretens und das Uebermaß seiner Forderungen die eigene Position in Ostasien verächtlicht und die Englands geküßt habe. Es habe England genöthigt, Weisheiten zu besetzen, und alle am freien Handel mit China interessirten Völker auf England als Vorkmacht der Politik der geöffneten Thore verwiesen, gewissermaßen eine latente Koalition gegen sich heraufbeschworen (das anglo-amerikanische Einvernehmen). Salisbury sollte so als der weislichste Mann hingestellt werden, der Rußland nur darum für eine Zeit seine Hand ließ, damit es sich um so sicherer selbst ans Messer liefere. Das glaubt Herrn Walfour aber kein Mensch. Lord Salisbury ist nicht der erste Diplomat, dem es von Freunden nachträglich als ungeringstes Verdienst angerechnet wird, daß ihm in der ärgsten Verlegenheit die noch größeren Fehler seines Gegners zu einem quasi Erfolg verholten haben. Sonst war an der Rede Walfour's noch der stark deutsch-freundliche Ton bemerkenswerth und ein Klage-Ried darüber, daß die englische Diplomatie durch die Verpflichtung, fortlaufend dem Parlament Auskunft zu geben oder sich jedenfalls mit Fragen bombardiren zu lassen, gegenüber der deutschen und russischen Diplomatie sehr benachtheiligt sei. Es ist ihm darauf mit recht geantwortet worden, daß vielleicht zu seiner Zeit in der Geschichte des englischen Parlaments dieses sich so zurückhaltend gezeigt, sich so willig habe mit bezug auf die Verantwortung seiner Fragen vertriehen lassen als gerade in den letzten Jahren. In der That ist, wenigstens in der auswärtigen Politik, die Macht der Erleichterung Englands neuerdings sehr gestiegen. Wenn Lord Salisbury sich nicht als der starke Mann bewährt hat, als der er lange ausgerufen worden war, so liegt dies durchaus nicht an der Unzulänglichkeit seiner Volkskraft.

Noch ist zu erwähnen, daß Herrn Walfour's Erklärung, England erkenne in China keine besonderen Einflußsphären scmdender Mächte an, wohl aber bestimmte Interessen-Sphären vom Haupte ebenso mit Hohn gelächelt aufgenommen wurde, wie seine Behauptung, der russisch-chinesische Vertrag habe an dem Rechte Englands, Kriegsschiffe in Port Arthur ankern zu lassen, nicht das mindeste geändert. Die Unterscheidung zwischen „Interesse“ und „Einfluß“ ist gerade so dünn wie das beste „Recht“.

Zu einer Abstimmung kam es nicht, da die Opposition kein Zedelbottum beantragt hatte. Die ganze Diskussion war eine akademische, sie brachte nichts ans Licht, was nicht schon im Glaubuch zu lesen war.

Wiel wichtiger ist die heute der „Daily Chronicle“ gemeldete Nachricht, daß der chinesische Staatsdrath dem anglo-italienischen Syndikat in Peking, das die werthvollen Bergwerksrechte im Span-feld gepachtet hat, nun auch die Konzession für den Bergbau in der an Erbkühen so reichen Provinz Hoonan (südlich von Shan-si und südwestlich von Schantung gelegen) übertragen hat. Der südliche Theil von Hoonan gehört schon zum Hauptgebiet des Jangtse, das bekanntlich als die spezielle Interessensphäre Englands anerkannt ist. Durch die erwähnten Pactverträge würde eine neue englische Interessensphäre geschaffen, die sich wie ein breiter Gürtel vom nördlichen Ufer des Jangtse bis an die chinesische Mauer vorkchiebt. Denn wenn auch die englische Regierung offiziell mit dem Syndikat nichts zu thun hat, steht sie selbstverständlich als Schutzmacht hinter ihm. Die Bedeutung dieser Positionen veranschaulicht ein flüchtiger Blick auf die Landkarte. —

Italien.

Die wirthschaftliche Misere, in der das Volk Italiens leht, schildert uns ein deutscher Parteigenosse, der längere Zeit dort gereist ist. Derselbe schreibt:

Der Reichthum ist allgemein. Vom Fuß der Alpen bis zum Gipfel des Keina sieht man nur höhlenangiges und ein anämisches Volk. Wer Italien, wie ich, vor 27 Jahren kannte, erlaubt und erschreckt über den schnellen Verfall dieser schönen romanischen Rasse.

Im allgemeinen betten stets 10 pct. des Volkes, jetzt hind es bei weitem mehr. Sieben Millionen leiden jährlich an Malaria und ähnlichen typhösen Fiebern. Man leht sozusagen von Chinin. Von 80 Pfectaturen sind 50 befrändig mit Malaria befest. Unter den Ursachen die herzuzuführen die Verschwendung der Staatsgelder für unproduktive Zwecke. Man veräußert immer mehr von Jahr zu Jahr die Besorungen und Einkünfte durch Encampment. Dann kommen dazu die traurigen Agrarverhältnisse. Das Korn und dergleichen bringt nur das geföhnache, anstatt des dreifachen. Letzteres wäre möglich bei dem trefflichen Klima. Ferner ist zu erinnern an die Ueberzahl von faulenden Beamten. Wfa hat ca. 1000 Kommunalbeamte bei einer Einwohnerzahl von ca. 6000 und ca. 1500 Geistliche. Das umliegende Land gehört meistens dem König und geistlichen Stifungen. So ist Italien ein scheintobtes Land mit Recht zu nennen. Alle Lasten für Staat und Kommune sind auf den gemeinen Mann gewälzt. Die Mafia und Konnortra existirt den Namen nach in den meisten Provinzen wohl nicht mehr, aber sie streckt noch im Blute der Besitzenden. Welche Gestalten mit lebendem Blick ziehen zitternd und zagend, vor Hunger frierend, in Gedanken noch jetzt an meinem Auge vorüber. Unter stolzen und schönen Bauten liegt ein gutes und liebes, aber verkommenes Volk a la Lezaroni. Nur durch die Gemeinheit der nicht fühlenden und nicht denkenden Signori konnte dies Geschlecht so tief sinken.

Auf einem verdichteten Boden stehen uralte Städte von hohen Ringmauern umgeben. Letztere dienen den städtischen Schlicht- und Reglementen zur Kontrolle. Der Boden atmet Gift. Die Mauern verhindern den Luftzug. Bau-Ordnungen existieren wohl nicht, denn die Städte werden immer dichter. Die wenigen Gärten schwinden. Alles arbeitet und reißt sich nach der Straßenseite zu. Die Straße ist die Lunge und die Luftlöcher in einem. Der Italiener versteht nichts von Hygiene. Die Natur gab aber diesem jetzt unglücklichen Land ein himmlisches Klima. Dieser Umstand hält jedoch wenig den Verfall auf. Alles, was Geist und Muthen hat, wandert aus.

Wäge Italien nicht ein zweites Spanien werden! —

Rußland.

Die Vorbereitungen der russischen Regierung zum diesjähigen ersten Mai.

Dah der erste Mai zu einem bedeutungsvollen Tage für die russische Arbeiterchaft und zu einem Tage, an welchem sich für die russische Regierung die größten Verordnungen knüpfen, erscheint uns aus dem vor 14 Tagen erlassenen geheimen Ukular des Ministers des Innern, welchen wir in der Lage sind, nachstehend zu veröffentlichen.

Ministerium des Innern.
Polizeidepartement
 den 17. (5.) April 1893.

An die Herren Gouverneure, Stadthauptleute, Oberpolizeimeister und Chefs der Gendarmerie-Verwaltungen.

In der letzten Zeit macht sich eine verstärkte Gährung unter den Fabrikarbeitern bemerkbar, wie auch Versuche politisch unzuverlässiger Personen, unter verschiedenen Vorwänden in einer möglichst großen Anzahl von Fabriken Streiks zu provozieren. Soweit in Erfahrung gebracht worden ist, besteht die Absicht, die Streiks am 19. April zu beginnen, das ist am 1. Mai nach dem westeuropäischen Kalender, welcher Tag im Auslande als ein Arbeiterfeiertag betrachtet wird.

Infolge dessen ist es nothwendig, jetzt und zwar unverzüglich entsprechende Maßnahmen zu treffen zu einer verstärkten Beobachtung der Arbeiter, Inhibirung der in Fabriken zum Vorschein getretenen Agitation und im Falle des Ausbruchs von Streiks, zur Unterdrückung derselben im Keime. Unabhängig von einer temporären Verstärkung der polizeilichen Aufwachmittel überhaupt, ist es erforderlich, in Gegenden mit einer Fabrikkonzentration eine verdoppelte Aufmerksamkeit zuzuwenden dem Erscheinen verschiedener Agitatoren, der Vorbereitung von Auftritten und anderen verbottenen Schriften unter den Arbeitern und überhaupt dem Auftreten der sogenannten Arbeiterpropaganda; alle Agitatoren, wie „Intelligente“, so auch Arbeiter müssen sofort einer Durchsuchung unterzogen und verhaftet werden, und entsprechend dem Ergebnisse der Durchsuchungen und der Beobachtungen ist gegen sie eine Unterordnung einzuleiten auf Grund des § 1035 der Strafgerichts-Vorordnung, oder es muß eine Verhaftung gemacht werden über die Ausweisung der Schuldigen auf Grund der Bestimmungen über den Sicherheitsschutz.

Nach Ausbruch eines Streiks soll nach Vereinbarung mit der Fabrikinspektion den Arbeitern sofort erklärt werden, daß vor Erneuerung der Arbeit ihre Forderungen nicht entgegengenommen und einer Betrachtung unterzogen werden; dabei soll für sie eine möglichst kurze Frist festgesetzt werden, um sich entweder von neuem zur Arbeit zu stellen oder aber endgiltig mit der Fabrik abzurechnen; diejenigen, welche mit der Fabrik abgerechnet haben, wie auch diejenigen, welche sich geweigert haben, abzurechnen, sind sofort der Schuß nach ihren Heimathorten zu befördern, wohn für die Personen der letzten Kategorie ihr Lohngebeld nachzufinden ist, damit es ihnen dort von der lokalen Behörde ausgeliefert wird.

Indem ich Erzellens dieses zur Kenntniß bringe, ersuche ich Sie mir über das Erfolgende unverzüglich zu berichten. —

Ueber die Hungersnoth bringen die russischen Zeitungen immer traurigere Nachrichten. Die kaiserliche frei Oekonomische Gesellschaft erläßt einen Aufruf um Hilfe an die Gesellschaft, in welchem sie, unter Hinweis darauf, daß in 17 Gouvernements und mehreren Distrikten anderer Gouvernements eine schwere Nothlage unter der Bevölkerung ausgebrochen ist, schreibt: „Jeden Tag kommen neue Nachrichten, daß hier und dort die Bevölkerung hungert und der Typhus ausgebrochen ist. Der Geschäftsausfluß des „Odesser Semstwo“ schreibt in seinem Bericht: Einige Einwohner des Dorfes Sptchewa sterben an Erschöpfung.“ „Die Wälder des Glens“ schreibt die „Smolensker Zeitung“ — sind unbeschreiblich. Infolge der mangelhaften Ernährung der Mütter sterben die Kinder dahin.“ Und ähnliche Nachrichten kommen in Fälle aus verschiedenen Gegenden des zentralen, nordöstlichen und südlichen Rußlands. Die Wirtschaft eines großen Theiles der Bevölkerung wird endgiltig untergraben. Der für die Wirtschaft unentbehrliche Viehstand geht bei den meisten zu Grunde. Von den meisten Dächern ist schon früher alles Stroh heruntergenommen worden, um das Vieh abzufüttern, ein großer Theil desselben ist schon früher für einen Spottpreis verkauft worden; jetzt giebt es Distrikte, in denen tausende Stück Vieh in wenigen Tagen vom Hungertode dahingerafft werden.

Und was thut die Regierung angesichts solcher Glens? Die Petitionen der Semstnos um unentgeltliche Beförderung des Getreides mit den Eisenbahnen, welches für die Vertheilung unter die Hungernden bestimmt ist, oder wenigstens um Herabsetzung des Preises für dasselbe, ist von der Regierung abschlägig beschieden worden!

Ein neues Opfer der Gendarmenwillkür.

Ende März wurde in Petersburg unter vielen anderen der 32 Jahre alte Statthalter des Poldepartements Kostrowin verhaftet. Seine Frau schleifte die Gendarmenverwaltung an, ihn ärztlich untersuchen zu lassen, um sich zu überzeugen, daß er infolge seines krankhaften Geisteszustandes eine Einzelschaft nicht ertragen könne und ersuchte, ihn gegen Kautions aus der Haft zu entlassen. Doch das nützte nichts. Mitte April machte Kostrowin einen Versuch, sich über das Treppengeländer vom vierten Stock herabzuwerfen, wurde jedoch daran verhindert. Drei Tage darauf wurde er in seiner Zelle blutüberströmt im Bette liegend aufgefunden; mit den Scherben einer Untertasse hat er sich die Arterien bei den Ellbogen beider Arme durchschnitten. Nach seinem Tode erklärte die Gendarmerie, die Untersuchung habe keine belastenden Momente gegen ihn ergeben und er hätte in den nächsten Tagen entlassen werden müssen.

Afien.

Die Gründung einer deutsch-japanischen Bank scheint in nicht mehr langer Frist bevorzuziehen. Wie die Monatschrift „Ost-Asien“ bemerkt, wird Herr Dr. Löschlin, Professor der Rechte an der Universität zu Tokio und Verfasser mehrerer Schriften über Japan, mit 1/2-jährigem Urlaub im August nach Berlin kommen, um hier Vorbereitungen zu dem Unternehmern zu treffen. An anderer Stelle empfiehlt das nämliche Organ den bisherigen japanischen Gesandten in Berlin Vicomte Koki zum Leiter dieser Bank. —

Amerika.

Rio de Janeiro, 3. Mai.

In seiner Botschaft an den Kongress erklärt der Präsident, der Verkauf von Schiffen an die Vereinigten Staaten sei erfolgt wegen finanzieller Schwierigkeiten und wegen des Mangels an Mannschaften für die Marine. Der Gesandte der Vereinigten Staaten von Amerika hatte heute eine Besprechung mit dem Minister des Außern wegen der hier vor Anker liegenden amerikanischen Kriegsschiffe „Oregon“ und „Mariana“.

Das Amtsblatt hat vorgestern eine Verfügung der Regierung veröffentlicht, durch welche in Argentinien und Bolivien verboten wird, über die Ankunft und Abfahrt von Kriegs- und Handelsschiffen der kriegführenden Staaten telegraphische Nachrichten zu verbreiten. —

Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung vom 4. Mai. 11 Uhr.
 Am Ministerische: v. Biquel, Thiele.
 Der Gesetzentwurf betr. die Bewilligung weiterer 5 Millionen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern und gering besoldeten Staatsbeamten steht zur ersten Verathung.

Abg. v. d. Gröben (L.) erklärt sich namens seiner Freunde bereit, die Vorlage anzunehmen.)

Minister Biquel stellt fest, daß die dreiprozentige Verzinsung und die Amortisation nicht liberal hat erzielt werden können. Das komme wohl daher, daß die Regierung theurer baue als Private, an Orten bauen müsse, wo das Bedürfnis besteht, und dadurch genöthigt werde, den Grund und Boden theuer zu bezahlen. Die Regierung müsse sich daher darauf beschränken, eine Prozentige Verzinsung und 2 pEt. Unterhaltungskosten herauszuwirtschaften. Wenn sich seine besseren Resultate erzielen lassen, so werden künftig die Betriebsverwaltungen die nothwendigen Bauten allein ausführen müssen; allgemein das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen, kann nicht Aufgabe des Staates sein. Empfohlen wird es sich, mit der Bewährung von dreiprozentigen Darlehen fortzufahren, vorausgesetzt, daß sie den Anforderungen der Regierung entsprechen. Der Staat hat bisher 930 Wohnungen erbaut. Die Bereitwilligkeit zu beschränken, um die Wohnungsverhältnisse zu beeinflussen, scheint nicht empfehlend. Im stitlichen Interesse haben wir die Aufnahme von Afermieuern und Schlafgängen untersagt.

Abg. vom Rath (natl.) stimmt den Ausführungen des Ministers zu und beantragt Kommissionsberathung der Vorlage.
 Abg. Dr. Stephan-Beuthen (B.): Seine Freunde begrüßen die Vorlage und billigen namentlich die Ermäßigung des Zinsanspruchs.

Vom Regierungssitze wird erwidert: Bis her sind von den Lokalbehörden aus Oberösterreich keine Anträge gestellt. Es soll dort kein Bedürfnis für Arbeiterwohnhäuser vorhanden sein.

Abg. Mitter (fr. Va.) hält eine Kommissionsberathung für entbehrlich. Er wünscht nicht, daß der Staat Arbeiterhäuser baue.

Abg. Möller (natl.) hält ebenfalls die Kommissionsberathung für entbehrlich.
 Abg. Schreiber (fr.) wünscht namentlich Wohnhäuser für Forstzinsbeamte.

Abg. Frhr. v. Erffa (L.) zieht den Antrag der Kommissionsberathung zurück.

Die erste Lesung ist damit beendet.

Die Vorlage kommt demnächst zur zweiten Lesung vor das Plenum.

Es folgt die Verathung des Berichts über Eisenbahnbau-Ausführungen.

Abg. v. Niepenhausen-Strangen (L.) weist auf die erheblichen Ersparnisse hin, die bei den Bahnbauten gemacht sind und die über 4 1/2 Millionen betragen. Er fragt, ob man denn den Interessenten, die Beiträge zu solchen Bauten geleistet haben, nicht einen entsprechenden Theil der Ersparnisse zurückzahlen.

Minister Thiele: Am Grundverwerf, wozu allein Beiträge geleistet werden, sind Ersparnisse nicht gemacht, sondern nur bei den Ausführungsarbeiten, zu denen das Material billiger, als veranschlagt war, beschafft werden konnte. Dem Wunsche des Rednerers kann deshalb nicht stattgegeben werden.

Abg. Groth (natl.) wünscht eine schleunigere Verwendung der bewilligten Gelder und um Beschleunigung der Bahnbahnbauten in Kiel und Hamburg.

Minister Thiele sagt diese Beschleunigung zu.
 Abg. Brömel (fr. Va.) rügt ebenfalls die Bauverzögerungen, so namentlich den im Jahre 1888 genehmigten Umbau des Bahnhofes in Stettin, der nicht vorwärts komme.

Minister Thiele: Der Bahnhof in Stettin ist fertig.
 Die Abgg. v. Sellermann (L.), Möller (natl.), v. Erffa (L.) stimmen überein in dem Wunsche, daß die bewilligten Bahnbauten schneller ausgeführt werden, als dies bisher üblich war.

Minister v. Biquel erwidert, er merke sehr deutlich, daß die Arbeiten schleunig betrieben werden, und zwar an dem Abfluß des Geldes für diese Ausgaben, er habe darüber nicht geklagt, denn er sei der Meinung, daß angefangene Arbeiten so schnell als möglich beendet werden müssen. Das sei auch finanziell das richtige Verfahren.

Der Bericht wird nach dem Antrage der Budgetkommission durch Kenntnismahme für erledigt erachtet, ebenso einige andere Nachweisungen der Bauverwaltung.

Sodann erledigt das Haus Petitionen nach den Anträgen der Kommissionen.

Morgen (Donnerstag) 11 Uhr: Secundärbahn-Vorlage und Kommissionsberichte.
 Schluß 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Dem Reichstag ist die Vorlage betr. die internationale Sanitätskonventionen, sowie der deutsch-chinesische Vertrag zugegangen.

Die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses hatte sich heute mit einer Frage von allgemeinem Interesse zu beschäftigen. Ein Herr Ludwig Finster in Görlitz beschwerte, eine Umsatzzsteuer auf sämmtliche großkapitalistische Unternehmungen im Detailhandel und Gewerbe zu beschließen, und zwar beginnend bei einem Umsatz von 200 000 Mark im Jahre mit 1 pEt. und steigend bis zu 4 pEt. bei einem Umsatz von einer Million und mehr im Jahre, und diese Steuer den Kommunen zu überweisen, da diese durch die von den Großunternehmungen herbeigeführte Steuerschwächung ebenfalls geschädigt würden. Der Petent stellte die Stadt Görlitz als lebendes Beispiel dar, wozin es führe, wenn nicht Mittel und Wege gefunden würden, dem großkapitalistischen Detailbetriebe energisch Einhalt zu thun. Als Görlitz nur 40 000 Einwohner hatte, waren dort 40 Kolonialwaaren-Geschäfte vorhanden, die ihr gutes Auskommen gefunden hätten. Die Stadt Görlitz weist jetzt beinahe die doppelte Einwohnerzahl auf, und nur sechs Kolonialwaaren-Geschäfte beständen noch. Der ganze Kolonialwaarenhandel dabeilbst ruhe in den Händen einer Aktiengesellschaft mit 17 Verkaufsstellen und 7 Millionen Mark Umsatz, sowie einer Genossenschaft mit 14 Verkaufsstellen und 8 1/2 Millionen Mark Umsatz. Mindestens 100 selbständige Geschäfte würden ihr Brot finden, wenn diese Vereinigungen in Görlitz nicht beständen. Der Regierungsvortrag, Geh. Finanzrath Dr. Strug, theilte der Kommission mit, daß der Finanzminister die Absicht habe, eine Konferenz von Sachverständigen auf dem Gebiete von Handel und Gewerbe und solche auf dem Gebiete der Kommunalbesseuerungsverwaltung zusammenzurufen zur Verathung darüber, wie diesen dem Gewerbestand so bedrohenden großkapitalistischen Wettbewerbs zu begegnen sei. Das Ergebnis dieser Konferenz würde dem Abgeordnetenhause bekannt gegeben werden. Die Petitionskommission beschloß, die Petition der königl. Staatsregierung als Material zu überweisen und sie gleichzeitig zu erwidern, dem Landtage bei Beginn der nächsten Session einen Gesetzentwurf in dem von der 18. Kommission am 15. Mai 1893 beschlossenen Sinne vorzulegen. (Diese Kommission bertheil den Antrag v. Großhausen wegen Vesteuerung der Waarenhäuser und Verkaufsgeschäfte.) —

Partei-Nachrichten.

Ueber den Verlauf der Maifeier in Deutschen Reich gingen uns noch Mittheilungen zu aus Hildesheim, Kündenfeld, Wilmstedt, Hohnheim l. S., Oberstein im oldenburgischen Fürstenthum Wietzenfeld in der Rheinprovinz, Tiefenreuth in Bayern, Alzen und Ingelheim in Hessen, Westerlund auf der Nordseeinsel Sylt, Fürstenwalde a. Spree, Wernigerode. Ueberall war die Betheiligung außerordentlich stark.

Wie in allen Orten Böhmens, ist auch in Prag die Maifeier heuer ganz besonders glänzend verlaufen. Man schreibt uns darüber von dort:

Das czechische Proletariat, das von der ganzen österreichischen Arbeiterchaft den schärfsten politischen Kampf auszufechten hat, ersah in einer Masse, wie sie Prag nur selten sah. Schon der Vorabend des 1. Mai wurde würdig gefeiert. Zum ersten Male gelang es der Arbeiterchaft, im National-Theater Einlaß zu erhalten. Die Theaterdirektion veranstaltete eine besondere Festvorstellung; gegeben wurde das soziale Drama von Zerada: „Der Diener seines Herrn“. Der große Raum war bis

auf das letzte Plätzchen dicht gefüllt. Natürlich war die czechische bürgerliche Presse während. Die Jungczechen veranstalteten eine förmliche Feiand und der unerschrockene Leiter der Bühne, Direktor Svbert, der dem Professorat das Theater überließ, wird wahrscheinlich dem Prager Bourgeoisöbel und Diebesgeschändel zum Opfer fallen.

Am Sonntag wurden gleich am Morgen in den einzelnen Bezirken Versammlungen abgehalten, worauf sich die gesamte Arbeiterchaft auf der Befühel zusammenfand. Reichraths-Abgeordneter Berner referirte. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, worin das allgemeine, gleiche Wahlrecht und die Einführung des Achstundentages verlangt wird. Nach der Versammlung auf der Insel, wo ca. 80 000 Menschen zusammengekommen waren, wurde der Zug aufgestellt. An demselben theilnahmen sich 30 000 Personen, Männer, Frauen und Kinder. Die Massen waren nicht zu übersehen. In vollster Ordnung bewegte sich der Zug durch die eleganten Viertel der Stadt, wo um die Mittagzeit gerade die Welt des Reichthums promentirte. Ueber den Graben, den Wenzelsplatz und die Palastbrücke hinaus gings nach Smichow, wo im kram'schen Park ein großes Fest die Arbeiter bis zum Abend beisammen hielt.

Die Maifeier ist wegen ihrer kraftvollen Wirkung auf die Massen gerade in der Hauptstadt Böhmens von großer Bedeutung, da in diesem in jeder Beziehung richthändigen Lande die lokrapteste Partei Desjerrreichs, die Jungczechen — eine Bande von Politikern, die auf der einen Seite wie hungrige Wölfe nach Ministerposten ausschauen, auf der anderen die wahren Demokraten spielen — kein Mittel unversucht lassen, um die Arbeiter für ihre Zwecke zu mißbrauchen und die Sozialdemokratie zu verächtigen und zu beschimpfen, die die einzige Bekämpferin dieser Kastralpolitik ist. Das Vürgerthum ist durch die jahrelange Herrschaft dieser Kastralier so demoralisirt, daß eine Opposition gegen die Herrschaft der Jungczechen aus bürgerlichen Kreisen auf Jahre hinaus, ja vielleicht nie mehr zu erwarten ist. Die Sozialdemokratie ist heute der Anwalt der czechischen Ebre und hat die schwere Aufgabe, dem czechischen Namen wieder jenen guten Klang zu verschaffen, den ihm die Jungczechen genommen haben. Daß sich die czechische Sozialdemokratie dieser Aufgabe bewußt ist und sie zu erfüllen weiß, hat sie am 1. Mai bewiesen.

In Kopenhagen, der Hauptstadt Dänemarks, wurde die Arbeiteraufsammlung auf dem „Feld“ abgehalten, einem großen Terrain, wo die Volksversammlungen zu tagen pflegen. Trotz des eifrigen Wetters war das Feld gedrängt voll, als die Demonstrationszüge dort anlangten. Ein sprechender Beweis für die gute Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Dänemark ist es, daß der Arbeitermänner-Verein, der im vorigen Jahre 9 Abtheilungen umfaßte, diesmal in 20 Abtheilungen aufmarschirte. Auf im Felde wurden von zwei Tribünen herab Ansprachen gehalten. Den Schluß machte die Annahme einer Resolution, worin die Nothwendigkeit der gesetzlichen Einführung eines Maximalarbeitstages, und zwar des achstündigen für die ökonomisch vorgeschrittenen Länder, auseinandergesetzt ist und die Regierung vorgeschrieben wird, dem von den sozialdemokratischen Abgeordneten vorgelegten Antrag auf Einführung des Achstundentages ihre Zustimmung zu geben.

Ebenso war in allen größeren Städten Norwegens die Betheiligung bedeutend. In dem Festzuge in Christiania, der sich durch die Hauptstraßen der Stadt nach Tullindöfen, einem großen freien Plage im Westen, bewegte, waren 70 Vereine mit ihren Bannern vertreten. Auf dem genannten Plage, wo sich eine ungeheure Menschenmenge angeammelt hatte, hielten Redakteur Tellander und Buchdrucker Knudsen die Ansprachen. Abends war großes Fest auf Lindö.

Die Maifeier in London hatte wieder einmal den Himmel gegen sich; sie ist gründlich verregnet.

Die Urne mit der Asche Dr. Duff's, die im Krematorium zu Sofia beigelegt ist, wurde am Sonntag vom Maifeierkomitee mit einem schönen Kranz geschmückt.

Tobtenliste der Partei. In Offenbach a. M. ist der Textilarbeiter Eugen Stoll, ein wohlbenährtes Mitglied der Partei und der Gewerkschaft, aus dem Leben geschieden. Ehre seinem Andenken!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Partigenosse Gewehr in Silberfeld, Redakteur der „Freien Presse“, hat während der dreimonatigen Gefängnißstrafe, die er bis zum 30. April verurtheilt, 30 Pfund an Körpergewicht abgenommen. Er sieht begreiflicherweise sehr angegriffen aus. Möge ihm die Freiheit die Kräfte bald wieder voll erzeigen, deren ihn die moderne Justiz verübtig gemacht hat!

Im November v. J. wurde bei dem Vertrauensmann der Metallarbeiter in Magdeburg, dem Genossen Gärtner, eine Haussuchung nach Sammellisten u. s. w. vorgenommen, um das etwaige Vesehen einer nicht genehmigten Kollekte festzustellen. Troßdem Gärtner hat die Haussuchung nicht aus dem Zimmer seiner seit 11 Wochen krank darniederliegenden Frau auszudehnen, wurde sie auch dort vorgenommen. Ein Ergebnis hatte das ganze Vorgehen nicht. Wie in mehreren anderen Parteiblätern, so erschien auch im „Proletarier aus dem Elbengebiet“ ein Artikel, der sich mit dieser Sache beschäftigte. Eine Anzeige gegen den Redakteur Franz Feldmann in Langensielow war die Folge. Weshalb sollte der Polizeikommissar Weinert in Magdeburg sein, der die Haussuchung geleitet hatte. Vor dem Landgericht in Schweidnig, das am Mittwoch über diese Sache verhandelte, beantragte der Staatsanwalt nicht weniger als 300 M. Geldstrafe wegen der angeblichen Beleidigung, obgleich er selbst bemerkt, daß die Sache milde läge und deshalb von einer Gefängnißstrafe abzusehen sei. Der Angeklagte beantragte seine Freisprechung und die Erstattung der ihm erwachsenen nothwendigen Auslagen; er begründete dies, wie folgt: Der Artikel wende sich gegen niemand persönlich und kritisirte nur, daß wegen einer vermeintlichen Kollekte eine Haussuchung und sogar bei einer Kranken abgehalten würde. Die Beamten hätten nur die bestehenden Gesetze auszuführen, da nun aber die Gesetze eine solche Haussuchung zulassen, so habe er (der Angeklagte) sich gegen diese Gesetze gewandt, um eine Aenderung derselben herbeizuführen. Die Erstattung der nothwendigen Auslagen halte er für angebracht, da er doch an der Erhebung der Anzeige unschuldig sei, denn nach Zustellung der Anzeigschrift habe er baldigst seine Gegenschrift eingereicht und das Gericht habe dann auch die Erhebung der Anzeige abgelehnt; erst das Ober-Landesgericht in Breslau habe auf Beschlusse des Staatsanwalts die Erhebung der Anzeige beschloßen. Das Gericht folgte im wesentlichen den Ausführungen des Angeklagten. Die geschiederten Thatsachen seien durch die Beweisaufnahme bewiesen und Beleidigungen oder Beschimpfungen seien in dem Artikel nicht enthalten. Eine Erstattung der nothwendigen Auslagen hielt das Gericht indeß nicht für angebracht.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen der Bauhandwerker.

In Brandenburg befinden sich 140 Zimmerer im Auslande.

In Essen haben 460 Maurer die Arbeit eingestellt. 205 blieben in Arbeit und haben von diesen 75 selbstig. Die Unternehmern sind mit der Lohnkommission in Unterhandlung getreten.

In Baden-Baden haben die Maurer und Zimmerer ohne Arbeitsüberlegung den sechstündigen Arbeitstag und 3,50 M. resp. 4 M. Tagelohn bewilligt erhalten.

Die Maurer in Neuzal a. O. fordern 80 Pf. Stundenlohn. Die Ablehnung dieser Forderung hat einen großen Theil der Maurer zum Auslande gedrängt.

An dem Auslande der Maurer in Braunschweig sind 523 Mann theilhaft; davon 360 verheirathet, 163 ledig. Abgereist sind 147, zu den neuen Bedingungen arbeiten 88 Gesellen auf 11 Bauten.

Die Schuhmacher in Kalau stehen mit den Unternehmern in Differenzen. Die Arbeiter erhielten bisher die Guthaten unentgeltlich

gesekert, jetzt sollen für die Lieferung von Zacks und Stiften Abzüge gemacht werden. Die Arbeiter in drei Fabriken haben geschädigt.

Eine seltsame Wirkung hat die Rede des Grafen Posadowsky bei den Anständigen am Piebeger hervorgeufen. Sie haben dem Herrn Staatssekretär folgende Erklärung zugesandt: „Auf dem Hofbaue zu Osnabrück versammelte 700 Bergleute beider Konfessionen, die theils aus der Arbeit entlassen und aus den Bergwohnungen emittirt wurden, weil sie sich weigerten, an den christlichen Feiertagen beider Konfessionen andere Arbeit als Notharbeit zu verrichten, übermitteln Ew. Excellenz Dank und freundliche Zustimmung für die Erklärung, daß die Arbeiter billig und gerecht zu behandeln und die Dividende des Unternehmers nicht das am höchsten zu erstrebende Ziel sei.“ Der Herr Staatssekretär wird sich wundern, wie man mißverstanden werden kann.

Zum Streik der Striegauer Steinbrucharbeiter. Daß die Zustände in den Striegauer Granitsteinbrüchen nicht nur in bezug auf die Löhne, sondern auch in bezug auf die Anwendung der nötigen Schutzmaßregeln bereits seit Langem sehr im Argen liegen, ist daraus zu ersehen, daß nach einer von der Breslauer Sektion der Steinbrucharbeitervereinigung gemachten Zusammenstellung im Jahre 1896 446 Unfälle von den Striegauer Steinbrucharbeitern angemeldet wurden, von welchen sich 12 bei den Schiefarbeiten ereigneten und 99 Augenverletzungen betrafen. Abgesehen von den anstrengenden Beschäftigung, welche das Schaufeln und Karren der Steine mit sich bringt, ist die Schlagarbeit in dem harten Granitgestein bei ungenügenden Schutzmaßregeln mit vielen Unfällen verbunden. Und bei dieser gefährlichen Arbeit werden, wie in den amtl. Mittheilungen für 1896 von der Gewerbe-Aufsichtsbeamten festgestellt wird, viele Schulkinder beschäftigt. Diese Kinder resp. deren Eltern verdienen in den Striegauer und Jobstener Steinbrüchen pro Woche, wenn sie sehr fleißig sind, 2 bis 3 M., meist aber nur 1,20 bis 1,50 M. Als aber die Herren Steinbrucharbeiter von dem Aufsichtsbeamten darauf aufmerksam gemacht wurden, daß diese Beschäftigung gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung verstößt, wollten sie alle von diesen gesetzlichen Bestimmungen keine Kenntnis haben. Auch wurden Kinder bis zum Ausbruch des Streiks beschäftigt. Schon damit in diesen Verhältnissen ein Wandel zum Besseren eintritt, ist lebhaft zu wünschen, daß der Streik der Striegauer Steinbrucharbeiter Erfolg habe, und daß sie nicht allein von den schlechten, sondern auch von den übrigen Genossen kräftig unterstützt werden.

Zu Eilenburg befinden sich 92 Ziegler im Auslande. Wegen Zugehörigkeit zur Organisation sind in der Metallwaaren-Fabrik von Jung u. Dittmar in Salzenungen zweihundert Arbeiter ausgesperrt. Zugang ist fernzuhalten.

Die Münchener Fischer haben am Sonntag in einer überaus zahlreichen Versammlung beschlossen, in den Generalstreik einzutreten. Alle Versuche der Arbeiter, den Streik zu einem gültigen Austrag zu bringen, sind gescheitert. Die 9/10 ständige Arbeitszeit, die die Arbeiter nimmermehr fordersten, ist von den Unternehmern abgelehnt und hat der Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes bekannt gegeben, daß er an der zehnstündigen Arbeitszeit festhalten wird. Am 4. Mai will diese Unternehmer-Vereinigung den Arbeitern bedingungslos die Aufnahme der Arbeit gestatten. Davon kann aber bei dem jetzigen Stand der Bewegung nicht die Rede sein, vielmehr ist nach dem Beschluß der letzten Versammlung die Zahl der Ausständigen um 1000 gestiegen. Die herabgesetzte Forderung der Arbeiter haben 70 Meister bewilligt und wird bei diesen weitergearbeitet.

Gerihts-Zeitung.

Ein unheimliches Verbrechen ist dem biederem Antisemitenführer Liebermann von Sonnenberg zugezogen. Liebermann von Sonnenberg hatte in einer Volksversammlung geständig folgendes vorgebracht: Eine Dame habe einen Teppich für 75 M. bei Wertheim gekauft, kurze Zeit darauf habe sie eine andere Dame zu Herzog begleitet, und dort den nämlichen Teppich für 55 M. gesehen. Daraufhin habe sie den Kauf rückgängig gemacht und sei ihr der Kaufpreis von A. Wertheim ausstandslos zurückgezahlt worden. Der Beklagte will noch ausdrücklich hinzugesagt haben, daß die Rückzahlung des Kaufpreises anerkennungswürdig sei, wie überhaupt die Firma A. Wertheim solanter Weise alle nicht konvenirenden Käufe zurücknehme“. Die Firma A. Wertheim hatte daraufhin eine Klage gegen Liebermann von Sonnenberg auf grund des Gefehes zum Schutz gegen unlauteren Wettbewerb gestellt; der klägerische Vertreter Dr. Wescheilow trug vor, daß alle Voraussetzungen des Gefehes gegeben seien. Der angeprochene Zweck der Veranlassung sei gewesen, die Konkurrenten der Firma A. Wertheim, insbesondere die dem sogenannten Mittelstande angehörige Geschäfte, gegen die Konkurrenz der Klägerin zu schützen. Der vorgetragene Fall beruhe auf Erfindung, die angestellten Ermittlungen hätten ergeben, daß niemals aus nur ein ähnlicher Fall in irgend einem Geschäfte der Firma A. Wertheim vorgekommen sei. Der Beklagte, vertreten durch Rechtsanwalt Janzen, behauptete die Wahrheit der von ihm verbreiteten Erzählung und benannte die Ehefrau des Wuchhändlers B. als Käuferin des Teppichs. Die Beweisaufnahme fiel aber vollständig zu ungunsten des Beklagten aus. Die Zeugin hatte schon vor der Versammlung erklärt, nicht das geringste von der ganzen Sache zu wissen, auch niemals dem Herrn Liebermann von Sonnenberg eine darauf bezügliche Mittheilung gemacht zu haben, sodah der Beklagte auf ihre Vernehmung verzichtete. Das Gericht verurtheilte den Abg. Liebermann von Sonnenberg, sich jeder Wiederholung der zum Gegenstand der Klage gemachten Behauptung bei einer Strafe von 500 Mark oder entsprechender Haft für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu enthalten, ferner eine Buße von 1000 Mark an die Firma A. Wertheim zu zahlen, falls diese diesen Betrag erblich schätzt und ordnete die Publikation des Urtheils in mehreren Berliner Zeitungen auf Kosten des Verurtheilten an.

Daß Herr Liebermann, dem großen Kämpfer für getverbliche Treue und Redlichkeit, das Malheur passierte, auf grund eines von ihm selber zum Schutze der Wirtelschandstugenden angeprochene Gefehesparagrafen verurtheilt zu werden, das ist eine Prüfung des Schicksals, die geradezu als grausam bezeichnet werden muß.

Eine Heirathsannonce war der Ausgangspunkt einer Anklage wegen Betruges, die gestern den Kaufmann Leopold Julius Lemke vor die dritte Strafkammer des Landgerichts I führte. Eine in Zielentz wohnende heirathslustige Dame, Fel. Margarethe S., der das Allenstein zu langweilig geworden war, erließ Ende des Jahres 1896 in einer Berliner Zeitung folgende Heiraths-Annonce: „Junge Blondine, häßlich, 19 Jahre alt, Besitzerin eines romantisch gelegenen Guttes mit Jagd und Fischei, sucht auf diesem Wege zwecks Heirathung Herrenbekanntschast.“ Der Angeklagte, welcher diese Anzeige gelesen, glaubte sich berufen, die Wünsche der heirathslustigen Provinzialin zu erfüllen und obgleich er mußte, daß er der jungen Dame nichts bieten konnte, als ein freundliches Register verschiedener Vorstrafen, so knüpfte er doch sich entschlossen den Verkehr mit der begehrenswürthen jungen Guttsbesitzerin an und besand sich eines Tages gewissenhaft und gebühlich in Zielentz auf der Brautkammer. Der Eindruck der ersten persönlichen Begegnung war bei beiden grundverpflichtend. Er kam, sah und siegte. Der Mann mit dem wohlgesprochenen Schurzrock und dem schmachtenden Augenausschlag gefiel der jungen Provinzialin ganz ausnehmend und sie sagte sich, wie einmals Margarethe: „Er steht starrwader recht wider aus und ist aus einem edlen Hause, man kann's ihm an der Stirne lesen.“ Mit innigem Vergnügen vernahm sie die Mär, daß der Freierrmann angeblich Dragoner-Offizier gewesen sei, ein Gehalt von jährlich 4000 M. beziehe und glühlicher Vestier eines Vermögens von 7000 M. sei. Weniger beriebtigt von der Brautkammer war der Angeklagte. Er fand sehr bald heraus, daß das Fräulein in der Heirathsannonce arg gestimmert hatte, denn nach seiner Vernehmung entpuppte sich das „romantische Mitregut“ als eine kleine Gärtnerlei, die „Jagd“ wurde durch einen vorhandenen Fledermaus repräsentiert und

die Fischei wurde durch einige Fische dargestellt, die in einem kleinen Kumpel eingekipft waren. Alle diese Beobachtungen waren nicht geeignet, die Heirathslust des Angeklagten, den die „schöne Blondine“ auch persönlich nicht sehr entzückte, zu steigern. Nachdem er kurze Zeit auf dem „Gut“ verweilt, kehrte er nach Berlin zurück und ließ recht lange nichts mehr von sich hören. Das hatte seinen guten Grund: er war längere Zeit in Untersuchungshaft gewesen, weil eine Anklage wegen Heirathsschwindsels gegen ihn erhoben worden war, von der er schließlich freigesprochen wurde. Just am Tage seiner Freilassung traf die junge Zielentzgerin in Berlin ein. Die Sehnsucht nach dem „ehemaligen Dragoner-offizier“ ließ ihr keine Ruhe, sie suchte den Angeklagten auf und knüpfte ganz intime Bande mit ihm an. Er hat es nun verstanden, nicht nur dem jungen Mädchen eine kleine Summe abzunehmen, sondern auch einem Schwager seiner Braut durch die falsche Vorpiegelung, aus dem Konkurs seines Vaters an einem bestimmten Tage die Summe von 4000 M. zu erhalten, zur Hergabe von 263 M. zu bewegen. Die belastenden Ausfagen der aus Zielentz gelommenen betrogenen Braut glaubte der Gerichtshof zu ungünstigen des Angeklagten nicht verwerthen zu dürfen, dagegen hielt er einen Betrag gegen den Schwager für erwiesen und verurtheilte den Angeklagten zu 1 Jahr Gefängnis.

Der Krieg.

Ueber die Situation auf den Philippinen liegen folgende Meldungen vor. In Hongkong verlautet, daß die dort anwesenden Führer der Aufständischen auf den Philippinen hofften, aufgefordert zu werden, provisorisch die Verwaltung der Inseln unter dem Schutze der Vereinigten Staaten zu übernehmen. Unter den Mitgliedern der Aufständischen Juntas fanden fortwährend Zwistigkeiten statt.

Die Amerikaner protestiren dagegen, daß der Brand Manila's die Folge von Petroleumbomben sei. Sie behaupten, die Spanier selber hätten die Stadt angezündet, um mir einen Aischenshaufen in die Hände der Amerikaner fallen zu lassen.

Dem Madrider „Imparcial“ zufolge wurde der größte Theil von Manila zerstört. Wie verlautet, sind mehrere hundert Häuser in Brand gesteckt. Da die Bevölkerung vorher flüchtete, dürfte die Zahl der Todten unbedeutend sein. Man erwartet für Dienstag den Einzug der Amerikaner in Manila. In Madrid herrscht völlige Athlosigkeit.

Den „Times“ wird aus New-York gemeldet, Präsident Mac Kinley habe die Absicht kundgegeben, die Philippinen bis zum Schlusse des Krieges zu behalten; er habe dazu bemerkt, die Regierung beabsichtige nicht, dieselben zu einem bleibenden Besitz der Vereinigten Staaten zu machen; wenn Spanien die Kriegsentschädigung nicht zahlen werde, so würden die Philippinen an eine europäische Macht, am liebsten an England, verkauft werden. Der amerikanische Botschafter in Paris erklärte dem Minister des Auswärtigen, Hanotaux, die Philippinen seien in der Gewalt Amerika's, doch gedente Mac Kinley die Philippinen nicht einzunehmen, sondern Spanien zurückzugeben, falls es sofort auf Saba verzichte. Hanotaux verständigte hierover den spanischen Botschafter.

Im spanischen Ministerrathe wurde eine Depesche des Gouverneurs der Philippinen verlesen, in welcher derselbe meldet, der englische Konsul habe ihm gegenüber den Wunsch ausgedrückt, die Chinese auf dem Archipel unter seinen Schutz zu nehmen. Der Kolonialminister Moret hat hierauf telegraphisch abschlägigen Bescheid gegeben. Von dem Anerbieten des englischen Konsuls wurde den Mächten Mittheilung gemacht.

Ueber die Interessen des deutschen Handels mit den Philippinen macht der „Hamb. Kor.“ die folgenden Mittheilungen: Die deutschen Interessen auf den Philippinen sind recht erheblich. Den Hauptstufen der Philippinen besuchten im Jahre 1896 14 deutsche Schiffe mit 10 660 Register-Tonnen. Der deutsche Export von der spanischen Kolonie ist mit 0,9 Millionen Mark (meist in Spinnstoffen, Zigarren und Porz bestehend) nicht groß, doch ist der deutsche Export (1896 im Werthe von 3,1 Millionen Mark) recht erheblich. Die größte Höhe hat derselbe Anfang dieses Jahrzehntes mit ca. 4 Mill. Mark erreicht; aber das Fehlen einer handelsvertragsmäßigen Verständigung zwischen Spanien und Deutschland seit 1892 hat der deutschen Ausfuhr nach den Philippinen geschadet. Die Hauptartikel des deutschen Exports nach den Philippinen sind: baumwollene Strumpfwaren, grobe und feine Eisenwaren, Herrenhüte aus Filz, Blumen aus Webe- und Wirtswaren, sämmtlich je mit einem Werthe von etwa 200 000 M. und sodann mit je der Hälfte dem Werthe nach: Baumwollenzug, feine Wärschbindenwaren, Roman-Zement, Nähmaschinen, Eisenbeinwaren, Brillen, Flaschenbier, Halbseidene und wollene Trage.

Der Export ist 1897 bei der Mehrzahl der Artikel noch zurückgegangen, bei den groben Eisenwaren ist indessen der Versand von 2189 Doppelzetteln auf 2367 Doppelzetteln gestiegen. Die kriegerischen Unternehmungen der Amerikaner gegen die Philippinen sind dazu angethan, ein weiteres Heruntergehen der deutschen Ausfuhr zu bewirken.

Beglaubigte und bedeutungsvolle Nachrichten vom Iubanischen Kriegsschauplatz fehlen fast völlig.

Das „Meuter'sche Bureau“ meldet zwar aus New-York: General Pando zog am 25. April die spanische Besatzung aus Bahamo nach Manzanilla zurück. Am folgenden Tage besetzte der Führer der Aufständischen Garcia die Stadt Bahamo und erließ eine Proklamation, der zufolge das spanische Eigenthum und die Rechte der Bürger geschädigt werden müssen und zugleich angeordnet wird, daß die Geschäfte in gewöhnlicher Weise fortgesetzt werden.

Dagegen bestreitet man in Madrid, daß die kubanischen Aufständischen Bahama oder Manzanilla besetzt haben. Beide Plätze hätten ausgezeichnete Verteidigungswerke und eine starke Garnison. „Standard“ meldet aus Washington, das Marineministerium habe eine driffrirte Depesche aus St. Vincent erhalten, wonach die spanische Flotte nach Portorico abgegangen sei und eine Seeschlacht noch in dieser Woche wahrscheinlich sei.

Aus New-York wird telegraphirt: Der amerikanische Kreuzer „Marblehead“ ist mit dem spanischen Dampfer „Argonauta“ hier eingetroffen. Der Kapitän des „Marblehead“ erklärte, er habe zwei spanische Torpedoboote, welche den spanischen Dampfer befreien wollten, in den Grund gebohrt.

Ein Telegramm der „Daily Chronicle“ aus New-York vom 3. d. M. meldet, das amerikanische Kanonenboot „Wilmington“ habe gestern auf eine spanische Kavallerietruppe einige Raketen westlich von Bahama zwei Sprengkugeln geworfen, durch welche zwei Kavalleristen getödtet seien.

Eine Meldung des „New-York Herald“ aus New-York besagt, gestern Nachmittag habe dort eine bedeutsame Bewegung der amerikanischen Flotte begonnen. Weitere Mittheilungen hierüber verthürden die Zensur. Der Kriegsrath habe beschlossen, es sei nothwendig, daß die spanische Flotte vernichtet werde, bevor man den Versuch mache, Bahama einzunehmen. Die für die Landung auf Saba bestimmte Flotte müsse von sämmtlichen armirten Schiffen, welche für das Bombardement der Verteidigungswerke von Bahama verfügbar seien, unterstützt werden. Man glaubt annehmen zu dürfen, die schweren Panzerschiffe würden sich demnach mit dem fliegenden Geschwader vereinigen. Die zu Kreuzern umgewandelten Schiffe „Harvard“ und „Palo“ kreuzen augenblicklich im Atlantischen Ozean, um die Fahrt Richtung der spanischen Flotte ausfindig zu machen. Sobald diese festgestellt, begeben sich dieselben schnellstens zur nächsten Kabelstation, um der Regierung in Washington Mittheilung zu machen. Es heißt, Commodore Sampson habe mit dem spanischen Geschwader zusammenzutreffen, bevor letzteres eine Kohlenstation erreichen oder die amerikanische Küste angreifen könne.

Wie aus Kingston (Jamaica) gemeldet wird, griff der Böbel den britischen Konsul Ramsden in Santiago de Cuba an. Der Konsul tödtete in der Nothwehr einen Spanier und ist infolge dessen in Haft genommen worden.

Dem Pariser „Matin“ zufolge erfolgt die Landung der Ameri-

kaner auf Saba heute in der Nähe von Sagua la Grande, so daß die Entschlößungsschlacht unmittelbar bevorsteht.

Hier handelt es sich jedenfalls um eine nicht einmal geschickte Kombination. Borerst haben die Amerikaner noch keinen festen Stützpunkt auf Saba, kein Seegefecht hat die spanische Flotte in den weitläufigen Gewässern geschwächt und endlich ist die Ausschiffung großer Truppentransporte überaus schwierig und sehr von Wind und Wetter abhängig. Auf die Entscheidungsschlacht auf Saba muß man noch einige Zeit warten.

Ueber die Kriegskostenfrage liegen uns noch die folgenden Mittheilungen aus Amerika vor:

Im Finanzkomitee des Senats drang heute der Schatzsekretär Gage auf die Einfügung einer Klausel in die Kriegskostenbill, welche die Regierung ermächtigen soll, Bonds auszugeben, und sagte, auch die günstigsten Voranschläge zeigten, daß während der nächsten zwei Monate durch den Krieg die Ausgaben der Regierung um 50 Millionen Dollars anwachsen werden. Nach Ablauf dieser Periode werde der gesammte Betrag des Baarbestandes des Schates erschöpft sein, einschließlich von 30 Millionen Goldreserve. Gage gab endlich der Meinung Ausdruck, daß die Staatsentnahmen durch den Krieg sich vermindern werden.

Der Sekretär des Krieges, Alger, drückte seine Ansicht dahin aus, daß 150 Millionen Dollars hinreichen würden, um die außerordentlichen Ausgaben des Kriegsdepartements für das Jahr zu decken.

Den „Times“ wird aus New-York gemeldet, es scheint nunmehr gewiß zu sein, daß der Ausschuh des Senates die Bestimmung betreffend die Erhöhung der Zouvenzelder aus der Kriegskostenbill streichen werde und daß das Repräsentantenhaus ohne Widerstand sich dem anschließen werde.

In Spanien mehren sich die Aufregung. Die Deputirtenkammer nahm einstimmig den Ausdruck der ehrenden Anerkennung und Trauer für die bei Cavite Gefallenen an. Darauf begann die Redebeate. Robledo und die Karlisten erklärten, sie würden sich an der Debatte nicht betheiligen. Die Adresse wurde angenommen. Die Republikaner und die Karlisten, sowie die dissentirenden Konserverativen stimmten dagegen. Die Konserverativen der liberalistischen Richtung stimmten mit der Mehrheit.

Der Republikaner Salmeron richtete eine Interpellation betr. die Ereignisse vor Manila an die Regierung. Nachdem er den Todten von Cavite seine Hochachtung gezollt, wendet er sich heftig gegen alle die Regierungen, welche er als verantwortlich für die gegenwärtige Lage Spaniens bezeichnet. Er verlangt Aufklärung über die Ursachen der Niederlage; er fragt, warum man Manila verteidigungsunfähig gelassen habe. Redner giebt dem Bedauern Ausdruck, daß die Liberalen Mißschuldige an der vaterlandsfeindlichen Schwäche der Konserverativen seien; er beklagt, daß man Millionen für Repräsentationskosten ausgegeben habe, anstatt Panzerschiffe zu kaufen. Die für das vergossene Blut Verantwortlichen sollten zur Rechenschaft gezogen werden, von geringen an bis zum Throne. (Widerspruch, Salmeron wird zur Ordnung gerufen.) Wer ein solches Regime mit dem Schwerte vernichte, werde ein großer Patriot sein. (Widerspruch der Konserverativen.) Ministerpräsident Sagasta giebt dem Bedauern Ausdruck, daß nicht alle Spanier geeint seien. Wenn ein Ausbruch gegen das Vaterland allezeit ein Verbrechen sei, um wie viel mehr unter den jetzigen Umständen! Er betont, daß er immer Anhänger des Friedens gewesen sei; aber der Krieg sei den Anstrengungen der Regierung zum Troz unvermeidlich geworden, denn Spanien sei zum Kriege herausgefordert worden. Auch Sagasta widmet den Gefallenen ehrendes Gedenken; noch aber sei weitere Energie nöthig. Im Namen der Soldaten und im Namen des Vaterlandes fordere er die Freiwilligung der Kriegskredite (Beifall). Lorenzo (Karliss) verliest ein Schreiben aus Manila, in welchem versichert wird, daß in Manila keinerlei unterseeliche Verteidigungsmaßnahmen getroffen wurden. Kriegsminister Correa erklärt, es seien genug Landtruppen vorhanden, um einen Angriff auf Manila zurückzuschlagen. Der Marineminister erklärt, warum es unmöglich gewesen sei, eine unterseeliche Verteidigung dort einzurichten. Canalejas bezeichnet die Konserverativen als schuldig an der Niederlage und wirft den Liberalen Mangel an Voraussicht vor; die Vereinigten Staaten seien von jeder Segner Spaniens gewesen.

Ministerpräsident Sagasta erklärt, in den letzten 25 Jahren seien 3500 Millionen für Befestigungswerke ausgegeben. Er wirft den Vereinigten Staaten vor, gegenüber Spanien eine Politik meherer Art zu treiben, welche nicht Krieg von Angesicht zu Angesicht führe, sondern auf Umwegen Mittel suche. Spanien Schaden anzuthun, und drückt die Ueberzeugung aus, die Vereinigten Staaten wären zufrieden, wenn in Spanien durch die Republikaner verurthete Wirren entständen. Er glaube nicht, daß der Zustand der Marine unter einem republikanischen Regime besser wäre. (Beifall.) Die Rede Salmerons läßt eine baldige republikanische Säulderhebung wahrscheinlich erscheinen.

Der Gouverneur von Valencia hat gemeldet, in Catalan, einem Dorfe von 1200 Einwohnern, habe sich eine Bande von 12 bewaffneten Personen gebildet; man wisse nicht, was für politische Bedeutung die Sache finde. Die Gendarmenrie ist auf der Verfolgung begriffen. Der Gouverneur ist ermächtigt worden, den Verlagerungsstand zu verhängen. In Talavera sind infolge des Steigens der Getreidepreise Unruhen ausgebrochen. In Gijon sind unter den Fischen Unruhen ausgebrochen, welche sich gegen die Fischekäufer richten. Die Gendarmenrie wurde mit Steinwürfen empfangen. Truppen sind dorthin entsandt worden.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Madrid gemeldet: Die Aufregung unter dem Volk ist ungeheuer. Man findet es unverzeihlich, daß die Philippinen so mangelhaft verteidigt waren und beschuldigt die Regierung der Fahrlässigkeit. Die Minister zeigen sich nur unter starker Eskorte. Die extremen Parteien regen sich bedenklich. Für heute Nachmittag wird eine stürmische Sitzung der Kortes erwartet. Seit Verhängung des Verlagerungsstandes ist die Verbreitung von Nachrichten über Kriegssituation dem Militärgericht unterworfen.

Ein Zeichen der hochgradigen Aufregung in Spanien ist auch die folgende Meldung aus Gibraltar:

Die Dampf-Yacht „Lady Connell“ lief gestern hier von Malaga ein und berichtete, sie habe Malaga verlassen müssen, ohne einen reinen Befundheitspakt erlangen zu können, da die dortige Bevölkerung die Bemannung der Yacht angriff und mit Steinen bewarf.

Die meisten südamerikanischen Staaten sowie Japan haben offizielle Neutralitäts-erklärungen abgegeben. Das deutsche Auswärtige Amt läßt erklären, daß das Deutsche Reich ebenso wenig wie bei früheren Kriegen gewillt und veranlaßt sei, Neutralitäts-erklärungen abzugeben, daß aber die strengste Neutralität vom Reich und den Schiffahrtsgesellschaften eingehalten werde. In ungarischen Reichstage will die Unabhängigkeitspartei interpelliren, warum Oesterreich-Ungarn keine Neutralitäts-erklärung erlassen habe.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Varel, 4. Mai. (W. Z. B.) Die Ortschaft Vroshof bei Zwischenahn wurde durch eine große Feuersbrunst heimgesucht. Das Feuer kam in einer Buchsabrik zum Ausbruch. Fünf Gebäude sind eingestürzt.

Rom, 4. April. (W. Z. B.) Die „Agenzia Stefani“ meldet: Der Regierung bis 5 Uhr nachmittags zugegangene Nachrichten besagen, daß liberal im Lande Rufe herrsche. In Parma wurde der genöthige Markt abgehalten, welcher ohne Zwischenfall verlief. Nur in Ascoli und Piacenza kam es heute früh zu Ansammlungen von Bauern aus der Umgegend, welche von den Getreidehändlern eine Herabsetzung der Preise verlangten, doch wurden die Ansammlungen zerstreut.

Reichstag.

63. Sitzung, Mittwoch, 4. Mai 1898. 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Herr v. Thielmann. Das auf den internationalen Sanitätskonferenzen zu Paris und Venedig geschlossene Uebereinkommen wird in dritter Lesung debattellos angenommen.

An zweiter Stelle der Tagesordnung steht folgende Interpellation der Abg. Auer u. Gen. (Soz.):

„Verabsichtigen die verbündeten Regierungen angesichts der ungewöhnlich hohen Getreidepreise eine zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle herbeizuführen?“

Schatzsekretär Herr v. Thielmann: Die verbündeten Regierungen sind bereit, die Interpellation morgen zu beantworten.

Präsident v. Suol: Ich werde in Folge dieser Erklärung die Interpellation morgen wieder auf die Tagesordnung setzen und den Herren Interpellanten dann das Wort zur Begründung geben.

Damit ist für heute die Angelegenheit erledigt.

Das Haus geht nunmehr zur dritten Beratung der Militärstrafprozess-Reform über.

Abg. v. Levetzow (L.): Meine politischen Freunde haben allerdings von vornherein die Notwendigkeit einer Reform der Militärstrafprozess-Ordnung bestritten. Da die Vorlage aber voraussichtlich durch Annahme der gestern von den Majoritätsparteien vereinbarten Kompromißanträge eine Gestalt annehmen wird, die diese Bedenken wesentlich abschwächt, werden wir in unserer großen Mehrheit für die Vorlage stimmen.

Abg. Frohne (Soz.): Der vorurtheilsfrei, objektiv und unter Würdigung der modernen Rechtsanschauungen das, was bis jetzt geschaffen ist und nun durch die bekannten Kompromißanträge im Sinne der Regierung zu Ende geführt werden soll, betrachtet, kann nicht sagen, daß durch die Vorlage den modernen Rechtsbegriffen Genüge geleistet wird.

Redner aller Parteien mit Ausnahme der Konservativen haben bis in die letzten Tage hinein ihrer Unzufriedenheit mit dem Entwurf Ausdruck gegeben. Ich erinnere an die harten Kämpfe, die bisher in der Kommission auch das Zentrum zu bestehen hatte, sobald es sich um Verbesserungs- vorschläge handelte. Schließlich hat es sich dann ja auch der Regierung gefügt und ist Schritt um Schritt von seinem Standpunkt, der anfangs ein geradezu demokratischer genannt werden konnte, abgekommen.

Wie motiviert es diesen Rückzug? Es erklärte, vor allem komme es darauf an, das Gesetz nicht scheitern zu lassen und zwar speziell mit Rücksicht auf die schwache Rechtsmeinung auf dem Gebiete der Militärgerichtsbarkeit. Ja, meine Herren, für die Rechtsmeinung ist auch die Sozialdemokratie stets mit aller Entschiedenheit eingetreten, aber was nützt eine Rechtsmeinung, die keine ausreichenden Garantien für wirkliche Gerechtigkeit gibt, was nützt eine Rechtsmeinung, die dafür keine Gewehr bietet, daß den modernen Rechtsanschauungen auch nur in geringem Maße Genüge geleistet wird!

Das Zentrum hat ferner zur Rechtfertigung seines Verhaltens die Hoffnung ausgesprochen, wenn man die Rechtsmeinung erst habe, dann würden entsprechende Verbesserungen im Laufe der Zeit ganz von selbst folgen. Ich kann mich dieser Hoffnung nicht anschließen. Wir haben es mit reaktionären Mächten zu thun, die, wie die Erfahrung beweist, geneigt sind, was sie an reaktionären Gesetzen haben, auch festzuhalten.

Wir wissen ja allerdings, daß die Vertreter der Reaktion stets den Glauben zu erwecken suchen, daß sie recht eigentlich die berufensten Repräsentanten und Interpreten des Gerechtigkeitsgedankens seien. Wir haben es ja im Laufe der Verhandlungen des öfteren erlebt, daß man allen denen, welche den Regierungsvorschlägen entschiedene Opposition machten, einfach erklärte, daß sie von allen diesen Rechtsfragen nichts verstanden, daß man sich da auf die militärische Autorität verlassen müsse.

Ja, mit hochtönenden Phrasen, mit berechneten Schlagworten und Umoachselnlichkeiten will die offizielle Reaktion auch in diesem Falle das absolut Unmöglichkeit vollenbringen, das ganze Volk glauben zu machen, daß sie in dieser Frage das Richtige getroffen haben, um das Rechtsbewußtsein des Volkes zu befriedigen. Ja man hat uns Sozialdemokraten sogar vorgeworfen, es komme uns lediglich darauf an, die Disziplin zu untergraben.

Das ist ja ein recht bequemeres Mittel, unsere Opposition in den Augen der Dummen und Vorurtheilsvollen zu diskreditieren, aber ein Mittel, der Entwicklung des Rechtsbewußtseins der großen Volksmassen Einhalt zu thun, ist es ganz wahrhaftig nicht, das werden Sie erleben. Der Herr Kriegsminister hat des öfteren erklärt, mit mir lasse sich über militärische Fragen keine Verständigung erzielen. Wo liegt denn da aber die Schuld? Doch lediglich bei denen, die kein Verständniß haben für die Aufgaben und die großen Forderungen unserer Zeit. Was wir Sozialdemokraten hier gefordert haben, das kann jeder wirklich liberale Mann mit gutem Gewissen unterschreiben und ich begehrte es als eine unerhörte Unrechtfertigkeit, als eine Insamie, darauf berechnet, die öffentliche Meinung zu täuschen, wenn man derartige Forderungen, die ihre Rechtfertigung durch liberale Prinzipien Jahrzehnte hindurch bereits gefunden haben, wenn wir sie erheben, als solche hinzustellen beliebt, die darauf berechnet sind, den gewaltigen Umsturz herbeizuführen, die Disziplin in der Armee zu untergraben und was alle diese elenden und läugerischen Phrasen mehr sind. Dem Grundlag: die Armee über allem, soll noch mehr als bisher in der neuen Militärstrafgerichts-Ordnung Rechnung getragen werden.

Diese Absicht läßt sich im Gesekentwurf und an der Hand der gefassten Beschlüsse Punkt für Punkt verfolgen. Da haben wir z. B. die nach unserem Dafürhalten unredliche Ausdehnung der Militärgerichtsbarkeit auf zahlreiche nicht im aktiven Dienst befindliche Personen, auf Gendarmen, auf Reservisten. Ich will nicht alle Einwendungen hier nochmals wiederholen. Ich verweise nur darauf, daß nach dem Erlaß des Kriegsministeriums, welche die Reservisten und die Belämpfung der Sozialdemokratie im stehenden Heer betreffen, es sehr leicht ist, jeden Reservisten am Tage der Kontrollverammlung mit den allerhöchsten Strafen zu belegen, sobald nur festgestellt ist, daß er Sozialdemokrat ist.

Ich erinnere auch an den § 8 der Regierungsvorlage, den man in zweiter Lesung beseitigt hat. Von Seiten der Regierung und der konservativen Partei ist ausdrücklich angegeben worden, daß man mit dieser Bestimmung hauptsächlich die sozialdemokratische Presse treffen solle. Der Umstand, daß der Abg. v. Staudy das hier offen zugab, hat das Zentrum derartig stutzig gemacht, daß es in der zweiten Lesung erklärte, unter diesen Umständen für den § 8 nicht stimmen zu können. Der Herr Kriegsminister hatte gemeint, dieser Paragraph solle erzieherisch wirken, und betonte, es brauche sich im stehenden Heere niemand etwas gefallen zu lassen, er könne von seinem Beschwerderecht Gebrauch machen. Ach, meine Herren! Was es mit diesem Verwehrecht und seiner erzieherischen Wirkung auf sich hat, dafür können wir uns auf Zeugnisse hervorragender Militärpersonen selbst berufen.

Ich erinnere nur an die Ausführungen des Major Totleben in der „Zukunft“ Nr. 23 im Jahrgang 1893. Er sagt da, es sei gelübter Instinkt vom Soldaten, wenn er nur im äußersten Notfall den Beschwerdewege betrete, dieser sei ihm nicht nur unverständlich, sondern auch gefährlich, die Abfassung der Beschwerde erfordert besondere Vorsicht, der Beschwerdeführer müsse große Besorgnis hegen, ob ihm der Nachweis seiner Klagen gelingen werde, er fürchte von seinen als Zeugen zu vernehmenden Soldaten im Strafe gelassen zu werden, Beschwerdeführer und Zeugen fürchteten die Klage des Angeklagten und seiner Standesgenossen; die Soldaten glaubten, dieser Klage schuldig preisgegeben zu sein — das sind Thatsachen, die von hunderttausenden von Männern, die im stehenden Heere gewesen sind, bestätigt werden können, und ich behaupte, daß man all das an maßgebender Stelle sehr genau weiß, daß man aber aus gewissen tendenziösen und Zweckmäßigkeitsgründen sich

hütet, es zuzugeben. Ich verweise ferner darauf, daß man die Duellvergehen der Jurisdiktion der Militärgerichte überlassen hat, angeblich um auf diese Weise das Duell besser bekämpfen zu können. Das glaubt Ihnen im Lande kein Mensch. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Elemente, die geradezu eingeschlossen sind auf den militärischen Ehrenkodex haben natürlich nicht die geringste Reizung, das Duell mit der Absicht auf Erfolg zu bekämpfen. Das heißt Spiegelschere treiben. Man schaffe doch ein generelles Verbot des Duells auch für das Militär!

Das thut man aber nicht, und alles, was man da zur Bekämpfung des Duells thut unter Verletzung auf geschicktes und menschliches Recht, das ist die tollste Profanierung des göttlichen Rechts und des Gesetzes. Ueber diesem Recht steht ja der militärische Ehrenkodex mit seinen verböserlichen Vorschriften (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die auf die Verächtlichmachung von Menschenleben hinielen. Ich behaupte, daß die besondere Aburtheilung der Duellvergehen mit dem Hinweis auf die Offizierschere geradezu eine Herabsetzung der bürgerlichen Ehre bedeutet. Ferner wiederhole ich, daß die Organisation der Gerichte durchaus nicht eine genügende Rechtsicherheit gewährt. Das juristische Element ist in allen Fällen zurückgedrängt. Herr Stenbach hat selbst zugegeben, daß der Grund, weshalb bei den Standgerichten keine Juristen vorhanden sind, ein rein finanzieller ist. Das will ich hier vor der ganzen weiten Öffentlichkeit noch einmal feststellen, daß die Regierungsvertreter eine Frage des Rechtsschutzes und der Rechtsicherheit unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Interessen zurückgedrängt und verunstaltet haben.

Andererseits finden aber finanzielle Bedenken gar keine Berücksichtigung, wo es sich darum handelt, die extrem militärischen Interessen zum Ausdruck zu bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere nur daran, daß wir ja seit Jahren eine sogenannte Verjüngung der Armee erleben, die den Pensionsfonds immer stärker anschwellen macht. Da fragt man nicht nach Hunderttausenden, nach Millionen. Auch das Verfahren alles in allem unterliegt in hohem Maße der nötigen Garantien der Rechtsicherheit. Da ist z. B. die Auffassung, daß die im Offiziersrang stehenden und in entsprechender Uniform befindlichen Angehörigen der bewaffneten Macht nicht die Befürchtung des Fluchtverdachts gerechtfertigt erscheinen lassen. Ich weiß nicht, ob es wohlgethan ist, von vornherein für eine bestimmte Menschenklasse die Voraussetzung aufzustellen: diese Leute sind ehrlich, sie entziehen sich nicht durch die Flucht einer Bestrafung. In keinem anderen bürgerlichen Gesetze findet sich eine derartige Voraussetzung wieder, die nur eine Rücksichtnahme auf den Ehrbegriff der Offiziere ist. Ich kann jedoch nicht eine besondere Offizierschere, die hoch über der Ehre aller anderen Menschen stehen soll, anerkennen.

Eine andere Frage von großer Wichtigkeit ist die Einführung des Zeugniszwanges. Die §§ 174—180 enthalten Strafbestimmungen wegen Zeugnisverweigerung. Das Zeugniß zu verweigern, sollen lediglich Geistliche und Rechtsanwälte befugt sein, und zwar nur über Dinge, die sie in Ausübung ihres Berufes erfahren haben. Nun bin ich der Ansicht, daß Redaktoren, die von gewissen Verhältnissen Kenntnis erhalten und diese dann, wie es ihre Pflicht ist, der Öffentlichkeit übermitteln, ebenso in Ausübung ihres Berufs handeln und für sich moralisch gerade so das Recht der Zeugnisverweigerung in Anspruch nehmen dürfen. Da kommt man uns freilich mit dem beliebten Einwand, daß die Veröffentlichung derartiger Dinge von den Sozialdemokraten nur dazu benutzt wird, um Stimmung für ihre Umsturzideen zu machen. Ja, aber das ist doch nicht unsere Schuld, wenn durch die Bloßlegung dieser Zustände im Volke das Verlangen nach durchgreifenden Änderungen entsteht. Das beweist ja eben nur, daß diese Zustände, die wir nicht geschaffen, selbst unhaltbar sind. Andern Sie sie, dann werden jene „Umsturzideen“ von selbst den Boden verlieren. Sie können ein ungerechtes System doch nicht dadurch aufrecht erhalten, daß Sie das Aussprechen der Wahrheit unter Strafe stellen. (Sehr richtig.)

Gehen wir weiter! Die Öffentlichkeit des Verfahrens soll auch so ein Grund sein, der den ungeheuren Fortschritt der neuen Militärstrafprozess-Ordnung beweist. Ja, die Öffentlichkeit ist ein außerordentlich werthvolles Gut, aber nur, wenn sie wirklich vorhanden ist. Ihre grundsätzliche Anerkennung auf dem Papier hat an sich gar keinen Werth. In Wirklichkeit ist die Öffentlichkeit derartig beschränkt, daß man saglich fragen kann: sie kann jeden Augenblick durch einen Beschluß des Militärgerichts illusorisch werden.

Geradezu ungeheuerlich ist die Beschränkung der Verteidigung auf solche Anwälte, von denen man eine sogenannte gute Meinung voraussetzen kann. Mit anerkenntwerther Offenheit ist von Seiten der Regierung erklärt worden, daß diese Bestimmung sich im wesentlichen gegen die Zulassung der sozialdemokratischen Rechtsanwälte richtet. Man braucht nur nicht zu befürchten, daß diese ihre Anwaltsschaft dazu mißbrauchen würden, um — wahrhaftig nicht im Interesse des Angeklagten — um das zu machen, was man sozialdemokratische Umsturzpropaganda nennt. Der Zweck jener Bestimmung ist daher auch ein viel weiterer gehender: Man wird sich keineswegs darauf beschränken, gerade sozialdemokratische Anwälte zu entfernen, sondern überhaupt alle, von denen man volle Ehrlichkeit und Offenheit ohne Rücksichtnahme auf etwaige Neigungen und Wünsche von oben her befürchtet.

Ich verweise nun noch auf die Unterzuchtungshaft, die nach den Bestimmungen des Entwurfs außerordentlich willkürlich verhängt werden kann. Und da ist es um so schlimmer, daß dem Angeklagten während des ganzen Ermittlungsverfahrens kein Verteidiger zur Seite steht; das ist eine ganz erhebliche Rechtsverfälschung. Ebenso ist es bei der Wiederaufnahme des Verfahrens. Sie haben ja nur in Ihren Kompromißanträgen Rücksicht genommen auf das längst geschlossene Reichsgesetz, betr. die Entscheidung unschuldig Verurtheilter. Man könnte sagen, das sei ein kleiner Fortschritt; wir betrachten diesen Vorschlag aber auch lediglich unter den Gesichtspunkten, die wir bei der Beratung des erwähnten Gesetzes geltend gemacht haben. Uns genügen diese Bestimmungen für die Entscheidung unschuldig Verurtheilter um so weniger, als es sich auch hier um den Nachweis der vollen Unschuld handeln soll, wenn die Entscheidung gewahrt werden soll.

Die Regierung und ihre Bundesgenossen haben ihre Stellungnahme gegen alle Verbesserungsvorschläge, besonders gegen die ungeringen, immer zu motivieren versucht mit dem Hinweis auf die Erhaltung der Disziplin. Es ist auch einmal das böse Wort vom „inneren Feind“ gefallen: Ich konstatire daher hier nochmals ausdrücklich: die Sozialdemokratie ist weit davon entfernt, die Disziplin untergraben oder beseitigen zu wollen. Aber was sie fordert, ist eine Reform des ganzen Disziplinarverhältnisses, die in Einklang steht mit den menschlichen und staatsbürgerlichen Rechten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen die Beseitigung jedes Kadavergehorsams, der denn doch wahrhaftig mit der fortgeschrittenen Humanitätsidee, dem fortgeschrittenen Gerechtigkeitsinstinkt unserer Zeit nicht das geringste mehr zu thun hat. Ich habe in der ersten Lesung die Nothwendigkeit betont, den Soldaten das Recht der Ehre einzuräumen; ja, da hat man sich mit einigen billigen fakultativen Bemerkungen darüber hintweggesetzt: auch das soll eine Erfindung der Sozialdemokratie sein, um die Ordnung im Heer zu stören, die Disziplin zu vernichten. Nein, es ist auch das eine Forderung, die bereits vor Jahrzehnten vom entschiedenen Liberalismus erhoben worden ist. Heißt das eine Militärstrafprozess-Ordnung auf modernen Rechtsanschauungen aufbauen, wenn man einen der wichtigsten bürgerlichen Rechtsgrundsätze, den der Nothwehr, so völlig unberücksichtigt läßt? Das Recht — so sagt die in den bürgerlichen Gesetzen zum Ausdruck gebrachte Rechtslehre — braucht dem Unrecht nicht zu weichen, dem rechtswidrigen Angriff darf eine rechtswidrige Verteidigung entgegengesetzt werden, so weit

eine solche zum Schutze erforderlich ist. Und das Reichsgericht hat in mehreren Erkenntnissen direkt ausgesprochen, daß Nothwehr nicht nur zum Schutze des Lebens und des Leibes, sondern auch zum Schutze der Ehre geübt werden dürfe. Nun, in welcher gröblichen, mitunter unangbar niedrigen Weise wird nicht häufig die Ehre der militärischen Untergebenen von ihren Vorgesetzten angegriffen und in den Noth getreten! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein gewöhnlicher gemeiner Soldat einem Offizier einen „Gel“ an den Kopf werfen würde und der Offizier diese Beschimpfung auf der Stelle mit seiner Waffe rächen würde, was würde ihm geschehen? Schwere Strafe auch nur das geringste. Aber wenn der gewöhnliche Soldat sich die insamsten Beschimpfungen, die größtenteils thätlichen Insulten, die empörendsten Mißhandlungen sich gefallen lassen muß, ohne daß er auch nur den Finger rühren und seinen Beiniger in der Nothwehr zurückweisen darf, so können Sie keinem vernünftigen Menschen glauben machen, daß ein solcher Zustand mit einer gefunden Disziplin auch nur das allernothwendigste zu thun hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun noch ein Wort über die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu der Frage des bayerischen Reservatrechts, betr. den obersten bayerischen Militär-Gerichtshof. Die sozialdemokratische Fraktion steht prinzipiell auf dem Standpunkt, daß im Interesse der Reichseinheit das Partikularrecht dem Reichsrecht zu weichen habe. Aber dieses Zugeständniß können wir doch nur machen unter der ganz bestimmten Voraussetzung, daß diese Einheitlichkeit auch wirklich freiherrlichen Grundfragen entspricht. Das ist aber leider bei diesem Gesetz nicht der Fall. Es ist der preussische Partikularismus, es ist der Geist der preussischen Reaktion, der hier einen neuen Vorstoß unternimmt und der immer mehr dominierend in ganz Deutschland sich bemerkbar macht. Diese ganze sogenannte große Reform leidet nun, wozu wir denn eigentlich auf dem Gebiet der inneren Politik gekommen sind. Dem Vordringen des preussischen partikularistischen Geistes, der mit Hilfe von allerlei Heuchelei und Unwahrheit sich zu geriren pflegt als der wahrhaft deutsche nationale Geist, diesem Vordringen widersteht sich das Volksbewußtsein, und besonders in Süddeutschland. Die Sozialdemokraten kann man nicht im Verdacht haben, partikularistischen Neigungen zu fröhnen. Nein, ehe die Herren von der Rechten dazu gelangten, die nationale Einheit anzuerkennen, hat die Sozialdemokratie in wahrhaft national einheitlichem Geiste gewirkt, damals, als die Herren konservativen noch erklärten, es sei ein Verbrechen an der göttlichen Ordnung, wenn man die Partikularverhältnisse beseitigen wollte. Man sagt jetzt über partikularistische Strömungen, besonders in Süddeutschland — ja, was man so nennt, ist nach meinem Ermessen im Grunde nichts weiter, als ein durchaus gerechtfertigtes und gesundes Widerstreben gegen die preussischen reaktionären Prätensionen (Kammern). Gerade auf militärischem Gebiete hat man in Süddeutschland mit der vielgerühmten preussischen Schneidigkeit schlimme Erfahrungen gemacht. Man ist mißtrauisch gegen alles, was dem preussischen System entspricht, zumal wenn die Rechte dabei beileidigt ist. (Sehr richtig! links.) Und deshalb halten die Süddeutschen, die Bayern, an ihrem Partikularrecht fest. Die reaktionäre Politik ist die Urheberin des sogenannten Reichsverdrusses. (Sehr wahr! links.) Ich werden Sie mit solchen Gesetzen nicht beistimmen. Ein Reformwerk auf der Grundlage moderner Rechtsanschauung haben Sie verheizen und eine Kodifikation der denkbar unmodernsten Rechtsauffassung haben Sie geschaffen, die von der Vernunft, der Humanität und dem entwickelten Rechtsbewußtsein des Volkes längst verurtheilt ist. Dies wird Ihnen die Nation nicht danken, und das Volk wird Ihnen auch auf dieses Stück Arbeit am Wahltage die richtige Antwort nicht schuldig bleiben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Suol: Der Herr Abgeordnete hat von dem preussischen Geist gesagt, daß er durch allerlei Heuchelei und Unwahrheit dem deutschen Volke suggerirt werden soll. Obgleich ich der Ansicht bin, daß der Herr Redner niemand im Hause speziell hat beleidigen wollen, und daß der preussische Geist überhaupt nicht beleidigt werden kann (große Heiterkeit), so war jener Ausdruck doch so stark, daß ich den Herrn Abgeordneten ernstlich rügen muß.

Kriegsminister v. Goller: Die Angaben des Vorredners waren zum Theil übertrieben, zum Theil unrichtig. Ich wundere mich aber nicht, daß Herr Frohne diese Rede gehalten hat, denn seine Partei befindet sich in offener Verlegenheit (Singer: Ach, du lieber Gott! Heiterkeit), denn das Gesetz enthält thatsächlich bedeutende Fortschritte, die modernen Anforderungen entsprechen. Ich glaube nicht, daß der Appell der Herren an das Volk Wirkung über den Willen des Volkes haben wird, denn das Volk wird es nicht verstehen, daß eine Partei diesen Gesetzen seine Zustimmung versagen will! Ich meinerseits kann eine Partei nur bedauern, deren Programm es nicht zuläßt, Fortschritten in der Gesetzgebung zuzustimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Baffermann (natl.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dem Gesetz und spricht seine Befriedigung darüber aus, daß auch die konservative Partei dem Gesetze zustimmen wolle. Herr Frohne habe arg übertrieben, wenn auch zugegeben sei, daß dem Gesetze noch Mängel anhaften. Die Regierungsvorlage habe in der Kommission Verbesserungen erfahren. Die Ständigkeit der Gerichte habe die befürchteten Garantien erhalten, die Öffentlichkeit des Verfahrens sei für normale Zeiten gesichert, das juristische Element habe eine Verstärkung erfahren, auch prozedurale Verbesserungen seien erfolgt, so bei Feststellung der Schuldfrage und auch bei der Verteidigung. Das seien Thatsachen, die sich nicht bestreiten lassen und Anerkennung finden müssen. Das Bezüglich des § 8 geschlossene Kompromiß falle diesen Vorzügen gegenüber nicht ins Gewicht. Herr Frohne habe den Mangel des juristischen Elements beklagt, aber die ganze moderne Entwicklung dränge doch dahin, das Laienelement zu verstärken in der Rechtsprechung. Wir haben gegen das Laienelement nichts einzuwenden, weil diese Laien Offiziere sind. Die Rechtsprechung war bisher trotz des allen verzoften Verfahrens eine recht gute bei den Militärgerichten. Es hat sich gezeigt, daß die Offiziere gute zuverlässige Richter sind. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Herr Frohne wird die Vorzüge des Gesetzes in seinem Innern zugeben, das Gesetz wird nicht zur Vermehrung des Reichsverdrusses beitragen. Davon bin ich überzeugt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Gausmann (südd. Volksp.): Meine Parteifreunde werden dem vorliegenden Gesekentwurf nicht zustimmen. Wir sind der Meinung, daß mit dieser Vorlage die Hoffnung auf eine wirklich gründliche Reform auf Jahrzehnte hinaus vernichtet ist. Die ganze Vorlage ist ein Spiegel der Gemüthslosigkeit, die man bei uns dem herrschenden Militärgeist gegenüber beobachtet. Wir vernichten in dem Gesekentwurf den ersten Grundlag einer modernen Rechtspflege: die Ständigkeit und Unabhängigkeit der Gerichte. Die Gerichte werden immer ad hoc zusammenberufen, es kann sich ihnen gar nicht jener Geist entwickeln, der einer guten Rechtsprechung förderlich ist. Ebensoviele wie man behaupten kann, daß jeder Richter ein guter Major ist, kann man sagen, daß jeder Major ein guter Richter ist. (Sehr richtig! links.) Der zweite Grundlag einer modernen Rechtspflege ist die Öffentlichkeit, die hier unter Voraussetzungen beschränkt werden kann, die wir gar nicht kennen. Der Vorredner wies die kaiserliche Verordnungsgebung in dieser kaiserlichen Verordnungsgebung, hat man uns wohlweislich vorenthalten. Daß in den Fällen, wo nur irgend ein dienstliches Interesse auf dem Spiele steht, wo nur irgend die Disziplin in Frage kommt, die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden kann und ausgeschlossen werden wird, ist mir nicht zweifelhaft. (Sehr richtig! links.) Im Einführungsgesetz ist Vorsorge getroffen, daß Prozedurtheiligen ein Schweigeverbot auferlegt werden

Zum. Mit einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten ist derjenige bestraft, der ein solches Verbot bricht und etwas von der Verhandlung mittheilt. Die gleiche Strafe trifft die Presse, die über derartige Verhandlungen berichtet. Man will die Kritik der Presse, welche man auch beim Militär noch einigermassen fürchtet, unterbinden und bedarf sie bei dieser Gelegenheit mit einem dauernden Ankel. So wie die Oeffentlichkeit des Verfahrens jetzt in das Verleihen des obersten Gerichtsherrn gestellt ist, bleibt sie eine Farce. (Sehr richtig, links.) Wenn wir sehen, was uns alles vorenthalten wird und wenn wir wissen, daß diejenigen, die uns das alles vorenthalten, zur Handhabung des Gesetzes berufen sind, so können wir nur annehmen, daß sie die Oeffentlichkeit des Verfahrens in ein schändlichstem Sinne handhaben werden. (Sehr richtig, links.) Wie besagen es ferner, daß dem Laienelement zu großer Spielraum gewährt worden ist. Der Vorredner hat die Frage zu verschieben gesucht, indem er auf das Laienelement in der bürgerlichen Rechtsprechung hinwies. Wir verlangen aber ein freies Laienelement, das nicht in der Abhängigkeit von der Disziplin lebt und leicht die Disziplin höher als Wahrheit und Gerechtigkeit stellen muß. Die Kompromißanträge stellen eine wesentliche Verschlimmerung der Verhältnisse dar. Der § 8 ist eine Ungehörigkeit, die Zuständigkeit der Militärgerichte soll bei Verleumdungen von Vorgesetzten durch frühere Untergebene nicht etwa nur auf ein Jahr nach der aktiven Dienstzeit, sondern auf die ganze Zeit der militärischen Kontrolle und ein Jahr darüber hinaus bestehen. Man will damit jeden Luftzug freier unabhängiger Kritik vom Militär abschalten und namentlich Offizieren, die nach ihrer Dienstzeit einmal ein freies Wort der Oeffentlichkeit übergeben, soll es an den Stragen gehen. Charakteristisch für den Geist der Vorlage ist der eine Paragraph, in dem es heißt: die Annahme, daß ein Offizier sich der Bestrafung durch die Justiz entziehen könne, ist ausgeschlossen. Was man also bei jedem anderen Bürger für möglich hält, ist beim Offizier ausgeschlossen. Der ist nicht fähig dazu und unterscheidet sich dadurch von allen übrigen Bürgern. (Sehr gut! links.)

Zu all diesen Gründen kommt die Verschlechterung des geltenden bayerischen Rechts durch das Reichsgesetz. Die Stimmung in Bayern wird durch das Gesetz gewiß nicht freundlicher werden. Ich halte die Vorlage deshalb für einen politischen Fehler. Für die Frage der Zustimmung oder Ablehnung des Gesetzes kommt aber schließlich noch wesentlich in Betracht die politische Diagnose für die Zukunft. Es gibt Optimisten, die da sagen: So wie es jetzt ist, wird es noch lange bleiben, die Reaktion, die sich mit liberalen Feigenblättern verziert, wird noch lange herrschen, die Junker werden ihre Interessen noch lange zum Schaden des Volksganzen rücksichtslos wahrnehmen.

Auch ich bin Optimist und glaube, daß sich in nächster Zukunft nichts ändern wird. Aber lange wird es so nicht fortgehen. Es wird zu einer Sammlung kommen, nicht zu jener Aftersammlung, die jetzt von Junkern und Hochschützjüngern betrieben wird, sondern zu einer Sammlung aller bürgerlichen, freibeitliebenden Elemente in Reich, und dann werden wir eine wirkliche Militär-Strafprozessreform bekommen, nicht eine Reform, der ich diesen Namen nicht zuerkennen kann. (Lebhaft, links.)

Abg. Gröber (Z.): Ich freue mich, daß mein verehrter Landsmann Hauptmann hier endlich wieder einmal erschienen ist. Schade, daß er in der Kommission gar nicht mitgearbeitet hat. Daß er noch in zwölfter Stunde in die Debatte eingreift, dafür bin ich ihm besonders dankbar. (Heiterkeit.) Freilich, aus seiner heutigen Rede habe ich nicht viel von ihm lernen können. Ich mache dafür sein Fernbleiben aus den Kommissionsverhandlungen verantwortlich. Hätte er diesen beigeobachtet, er würde heute eine andere Meinung haben. Den großen Fortschritt erkenne ich in der Vorlage in der veränderten Stellung des Angeklagten zum Richter. Daß sonst Mängel vorhanden sind, wer wollte das bestreiten. Bedauerlich ist es, daß bei den Standgerichten das juristische Element fehlt, aber dafür ist auf der anderen Seite die Verurteilung eingeführt. Die Stellung des Gerichts ist durch die Kommission verbessert worden. In manchen Punkten ist die Vorlage, wie sie jetzt gestaltet ist, sogar besser, als die bayerische Militär-Strafprozess-Ordnung. Noch größer ist der Fortschritt gegenüber dem württembergischen Gesetz. Selbst gegen das bürgerliche Verfahren bringt die Militär-Strafprozessreform den Fortschritt, daß die Verurteilung eingeführt ist. Die Angriffe des Abg. Frohme waren ganz unberechtigt. Das bayerische Recht läßt allerdings den Verteidiger auch bei den Standgerichten zu. Das ist in diesem Entwurf nicht der Fall; der Verteidiger fungiert nur vor den höheren Militärgerichten, aber es ist dem Angeklagten, der gegen das Urteil eines Standgerichtes Verurteilung einlegt, gestattet, sich hierbei vor dem Kriegsgerichte eines Verteidigers zu bedienen. Wegen die Kritik des Abg. Hauptmann, die ja in manchen Punkten richtig ist, will ich nur bemerken: Wie machen ja die Militär-Strafprozess-Reform nicht allein; machen wir sie allein, dann würde sie ja viel schöner ausfallen. (Heiterkeit.) So aber üben wir den unabweisbaren Fortschritt, das Gute, das uns geboten wird, mit beiden Händen, wenn wir auch nicht alles haben können. Viel Mordelust ist in der alten Militär-Strafprozess-Ordnung. Nun wird die Thür aufgemacht, nicht so weit, wie wir wollen, aber doch so, daß ein solcher Luftzug hindereingehen kann. . . . sollen wir da die Thür zu-machen? (Bravo!)

Abg. Singer und fünfzig Abgeordnete beantragen die namentliche Gesamtstimmung über das Gesetz.

Abg. Graf Limburg-Stirum (Z.): Der Abg. Hauptmann wird von der sozialdemokratischen Welle weggespült werden, so wie in der französischen Revolution der Berg die Gironde verdrängte. Wenn man einer solchen Bewegung, wie der sozialdemokratischen, gegenübersteht, dann muß man doppelt vorichtig sein, ehe man ein so festes Bollwerk, wie die gegenwärtige Militär-Strafprozess-Ordnung, aufgibt. Das deutsche Volk ist mit ihr durchaus zufrieden. Ist doch nicht eine Petition aus den Kreisen der Beteiligten an den Reichstag gelangt! Ist es denn wirklich möglich, den sogenannten modernen Rechtsanschauungen nachzugeben und die Autorität preiszugeben, die Macht des Königs einzuschränken? Ich sage nein. Das Schlimmste ist die Gerichtigkeit eines Reichs-Militärgerichtshofs, einer ganz überflüssigen Dekoration. Und deshalb, wegen dieser rein doktrinarischen Frage läßt man es auf einen Konflikt mit Bayern ankommen. Ich werde gegen die Vorlage stimmen, schon aus dem Grunde, weil die Oeffentlichkeit des Verfahrens eingeführt wird. Da wird die Sozialdemokratie einengen zu einer wüsten Agitation in der Armee. Wir kennen ja ihre Methode; sie mißt ein ködnen Wahrheit unter eine Menge unwichtiger und falscher Angaben. Jedes Jahr werden wir hier im Reichstag die Agitation der Sozialdemokraten erleben, weshalb die Oeffentlichkeit nicht noch weiter ausgedehnt wird. (Abg. Singer: Sehr richtig!) Wenn wir Ihnen das gestatten, dann sind wir nicht die Klugen. (Abg. Singer: Das hat auch noch niemand von Ihnen behauptet! Große Heiterkeit links!)

Abg. v. Hohenberg (Welfe) verweist auf das Vorgehen der braunschweigischen Behörden gegen Reserveoffiziere, die den vaterländischen Vereinigungen angehören. . . .

Präsident v. Duol weist die Ausführungen als nicht zur Sache gehörig zurück.

Abg. v. Hohenberg: Der Herr Kriegsminister meinte aber selbst zu mir, daß sich bei der dritten Lesung Gelegenheit bieten würde, die Sache zu erörtern.

Präsident v. Duol: Der Herr Kriegsminister ist darin nicht maßgebend. (Große Heiterkeit.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Die Vorlage erfüllt zwar bei weitem nicht alle Wünsche meiner Freunde, aber sie stellt unzweifelhaft einen Fortschritt dar. Wir betrachten sie als Abschlagszahlung und werden für sie stimmen. Anders steht es mit meinen beiden Kollegen aus Bayern, die in der Vorlage nur eine Verschlechterung des in Bayern geltenden Rechts erblicken und dagegen stimmen werden. Damit schließt die Generaldiskussion.

Persönlich bemerkt Abg. Hauptmann: Das Vergnügen, das der Abg. Gröber bei meinem Anblick hier empfindet, beruht ganz auf Gelegenheitsfertigkeit. Ich habe es auch angenehm empfunden, als er kürzlich ein: Sitte in Stuttgart machte. Im Übrigen muß ich ihm leider sagen,

daß nach meinem Urtheil ihm die Berliner Luft nicht gut bekommt. (Große Heiterkeit.)

In der Spezialdiskussion wird § 1 debattelos angenommen.

§ 1a bestimmt, daß für kleinere Uebertretungen in Polizei-, Feuer- u. s. w. Sachen die bürgerlichen Gerichte zuständig bleiben sollen.

Abg. Prinz v. Arenberg u. Gen. (Konj., Zentr., Nationallib.) beantragen folgenden Zusatz: „War die Geldstrafe wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle durch Strafbefehl der Verwaltungsbehörde festgesetzt, so erfolgt die Umwandlung in eine Freiheitsstrafe durch den zuständigen Gerichtsherrn.“

§ 1a wird debattelos angenommen.

§ 2 betrifft die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich möchte mir folgende Frage an die Vertreter der Regierung erlauben: Betrachten Sie diejenigen, welche nur zu Kontrollverfammlungen, nicht etwa zu einer Friedensübung eingezogen sind, auch den für die anderen Soldaten geltenden militärischen Bestimmungen unterworfen? Ist diesen also auch verboten, Versammlungen zu besuchen, in bestimmten Lokalen zu verkehren u. s. w.? Es ist sehr wichtig, daß wir dies hier offiziell festlegen lassen.

Generalauditeur Jitenbach: Es ist allerdings die Ansicht der Militärbehörden, daß auch die zu Kontrollverfammlungen einbezogenen Elemente militärischen Bestimmungen genau so unterliegen, wie die aktiven Soldaten.

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich freue mich über die bündige Erklärung, die der Vertreter der Regierung gegeben hat. Derjenige also, der lediglich zu einer Kontrollverfammlungen, nicht aber etwa zu einer Friedensübung einbezogen ist, darf namentlich bestimmte Lokale nicht besuchen, selbst wenn er der Wirth des betreffenden Lokales sein sollte. Eine weitere Konsequenz ist, daß der betreffende an diesem Tage nicht sein Wahlrecht ausüben darf. Es ist also theoretisch die Möglichkeit vorhanden, jemand den Besuch seines eigenen Hauses zu verbieten, sowie auch ihn an der Ausübung des wichtigsten politischen Rechtes zu verhindern. Rummel wird es freilich notwendig sein, daß diejenigen Parteien, die ein Interesse an dem Zustandekommen des Gesetzes haben, trotzdem aber noch nicht die wichtigsten persönlichen und politischen Rechte der Allmacht des Militarismus ausgeliefert wissen wollen, in das Einführungsgesetz eine Bestimmung einfügen, welche diese Praxis ausdrücklich aufhebt.

§ 2 wird angenommen, ebenso die folgenden.

§ 8, der die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit auch noch ein Jahr nach Beendigung der Dienstzeit bei Verleumdung, Körperverletzung und Herausforderung eines Vorgesetzten vorschreibt, ist in der zweiten Lesung gestrichen worden.

Die Kompromißgruppe (Arenberg und Genossen) beantragt, den Paragraphen in folgender Fassung wiederherzustellen:

„Nach § 1 Nr. 1 bezeichneten Personen innerhalb eines Jahres nach Beendigung des Militär-Strafgerichtsbarkeit begründendes Verhältnisses wegen der ihr während der Dienstzeit widerfahrenen Behandlung einer Verleumdung, Körperverletzung oder Herausforderung zum Zweikampf gegenüber einem früheren militärischen, noch im aktiven Dienste befindlichen Vorgesetzten schuldig, so ist wegen dieser strafbaren Handlungen und wenn der Zweikampf stattgefunden hat, auch dieserhalb die Militär-Strafgerichtsbarkeit begründet.“

Wegen Verleumdung ist die Militär-Strafgerichtsbarkeit nur dann begründet, wenn sie im Verkehr mit den früheren Vorgesetzten oder mit einer Militärbehörde begangen worden ist.“

Abg. Vech (fr. Sp.) beantragt den Kompromißantrag. Gerade die Erweiterung der Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit im Sinne der Vorlage mache ihm als Bayer die Zustimmung zur Vorlage unmöglich. Redner wird bei seinen weiteren Ausführungen vom Präsidenten zur Sache gerufen und bricht seine Ausführungen ab, weil ihm die Majorität doch nicht zuhöre. (Lachen.)

Kriegsminister von Goltz theilt eine Statistik mit, wonach in einem Jahre 41 Fälle von Verleumdung von Vorgesetzten durch frühere Untergebene, 8 Fälle von Herausforderung und 3 Fälle von Körperverletzung vorgekommen seien. Diese große Anzahl von Vergehen macht es notwendig, die Unterjagung und Entscheidung darüber in die Hand der Militärbehörden zu legen.

Abg. Graf Bernstorff-Lanenburg (Rp.) tritt für den Kompromißantrag ein. Da die Freiprozesse ausgeschlossen sind, kann der Paragraph seinem Bedenken weiter begegnen.

Abg. Haase (Soz.): Der § 8 ist geboren aus dem Mißtrauen gegen die bürgerlichen Justizinstitutionen. Man fürchtet, daß die bürgerlichen Gerichte in diesen Fällen nicht genügend streng eingreifen werden. Die Militärgerichte aber werden diese Fälle mit äußerster Strenge beurtheilen. Dafür sorgt die ganze Auffassung der Offiziere, die von ihrem einseitigen schroffen Standpunkte aus die Leute verurtheilen werden. Der Antrag des Prinzen Arenberg bewirkt ja nun, daß nur solche Verurtheilungen über Vorgänge während des Militärdienstes vor die Militärgerichte kommen können, die im Verkehr mit den früheren Vorgesetzten erfolgt sind. Wir haben aber doch Bedenken gegen diesen Antrag, da über den Begriff „Verkehr“ die Militärgerichte selbst entscheiden, deren Auslegungslust ja besonders, wenn es sich um politische Tendenzprozesse handelt, bekannt ist. Um zu vermeiden, daß zum Beispiel ein Redakteur verurtheilt wird wegen einer solchen Veröffentlichung, weil die betreffende Nummer in die Hände des angegriffenen Offiziers gelangt ist, also „im Verkehr“ mit ihm geschieden ist, haben wir einen Antrag gestellt, der statt Verkehr die Worte setzt: „im unmittelbaren persönlichen Verkehr“. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen, um einen Mißbrauch des Paragraphen zu verhüten.

Abg. Gröber (Z.): Es ist eine ganz gewöhnliche Insinuation, wenn um Unfahl vorgeworfen wird. Auch ich hätte es lieber gesehen, wenn es bei den Beschlüssen zweiter Lesung geblieben wäre, aber dann wäre das Gesetz nicht zu Stande gekommen. Ich vermage es übrigens den Herren Sozialdemokraten nicht, wenn sie die Situation für sich ausmühen. Die Fassung des § 8 schließt aus, daß die Presse oder sonstige öffentliche Kritik unterbunden wird. Die Verleumdung muß „im Verkehr“ mit den früheren Vorgesetzten oder mit einer Militärbehörde begangen sein, es ist also ausgeschlossen, daß Schriften von Offizieren auf Grund des § 8 verfolgt werden können.

Die Diskussion wird geschlossen.

Der Antrag Haase auf Amendirung des Antrags Arenberg wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Süddeutschen und freisinnigen Volkspartei abgelehnt.

Die Abstimmung über den § 8 in der Fassung Arenberg ist eine namentliche.

Der Antrag Arenberg wird mit 150 Stimmen gegen 101 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die Süddeutsche und freisinnige Volkspartei, die Polen, Antisemiten mit Ausnahme des Abg. Liebermann v. Sonnenberg, die bayerischen Mitglieder des Zentrums und die Welfen.

Einige weitere Kompromißanträge, welche sich auf die Zusammenfassung der Kriegsgerichte beziehen und die Regierungsvorlage im wesentlichen wieder herstellen, werden debattelos angenommen. In dieser Weise werden die §§ 9-17 ohne Diskussion erledigt.

Am § 172 beantragen Abg. Prinz Arenberg und Genossen, den Absatz 3 durch folgende Bestimmung zu ersetzen:

„Bei einem im Offiziersrange stehenden und in entsprechender Uniform befindlichen Angehörigen der bewaffneten Macht ist die Annahme ausgeschlossen, daß er der Flucht verdächtig sei oder daß seine Persönlichkeit nicht sofort festgesetzt werden könne, es sei denn, daß er bei der Begehung eines Verbrechens auf frischer That betroffen oder verfolgt wird.“

Abg. Haase (Soz.) hält es für empörend, daß durch Gesetz festgesetzt werden soll, daß ein Offizier nicht fluchtverdächtig ist. Er könnte die Ablehnung des Antrages nicht herbeiführen, aber er wolle diesen Paragraphen nicht ohne diese Feststellung annehmen lassen.

Generalleutnant v. Diebahn: Die Tendenz des Antrages

geht dahin, Konflikte vorzubeugen. Der Vorredner geht von unrichtigen Voraussetzungen aus.

Nachdem noch Abg. Dr. Spahn (Z.) für den Kompromißantrag gesprochen, wird der Antrag Arenberg und Genossen mit großer Majorität angenommen, ebenso die §§ 173-177 bezw. die dazu gestellten Kompromiß-Anträge Prinz Arenberg und Genossen ohne Debatte. Es befinden sich darunter diejenigen Paragraphen, nach welchen die Bestimmungen über die Entscheidung im Wiederaufnahmeverfahren frei gesprochener Personen auf die Militärgerichtsbarkeit Anwendung finden sollen. Damit ist die dritte Beratung des Gesetzes beendet.

Die Abgg. Vassermann und Genossen beantragen folgende Resolution:

„Die verbündeten Regierungen aufzufordern, dem Reichstage in der nächsten Session alsbald nach dessen Zusammentreten den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Berufung in Strafsachen, welche vor den bürgerlichen Gerichten verhandelt werden, vorzulegen.“

Abg. Vassermann (natl.) begründet die Resolution kurz damit, daß die Berufung in bürgerlichen Verfahren nicht länger wird entbehrt werden können, nachdem sie im militärgerichtlichen Verfahren eingeführt ist.

Die Resolution Vassermann wird hierauf einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung des Einführungsgesetzes. Die §§ 1-32 gelangen ohne Diskussion zur Annahme.

Bei § 33, der die Ausnahmestellung Bayerns hinsichtlich des obersten Militärgerichtshofes behandelt, verliest

Abg. Dr. Lieber (Z.) eine Erklärung, in der er die Hoffnung ausspricht, daß bei der vorzubehaltenen gesetzlichen Regelung den Wünschen Bayerns als dem um die Reichseinheit verdientesten deutschen Bundesstaate jedenfalls in solcher Gestalt entsprochen werden möge, daß ohne die Reichseinheit zu gefährden, der föderative Charakter des Deutschen Reiches gewahrt bleibt und der besonderen Stellung Bayerns genügend Rechnung getragen wird und seine Majorierung des zweitgrößten Bundesstaates erfolgt. Erst wenn die Frage des obersten bayerischen Gerichtshofes befriedigend gelöst sei, werde der Gesetzentwurf eine feste Stütze der Reichseinheit und Gerechtigkeit sein. Seine bayerischen Freunde würden sich in dieser Frage von der Mehrheit der Partei trennen, um ihrer Zustimmung über die bisher nicht gelungene Verständigung ersatenden Ausdruck zu geben. Er hoffe, daß recht bald eine Verständigung erzielt werde.

Reichsminister v. Hohenlohe: Der Wunsch des Vorredners ist auch mein Wunsch. Ich hoffe auf einen günstigen Abschluß der Frage und werde ihn mir anlegen sein lassen. Seit meiner letzten Erklärung kann ich heute sagen, daß die Verhandlungen der beiden hohen Ministerräte einen im Sinne der Verständigung wesentlich fortschreitenden Charakter angenommen haben. (Heiterkeit.) Es ist zu hoffen, daß der streitige Punkt schließlich eine befriedigende Lösung finden wird.

Abg. Frhr. v. Hertling (Z.): Der föderative Charakter des Reichs muß gewahrt werden. Das verlangt man in Bayern von Seiten aller Parteien. Auf dieser Grundlage ist das Deutsche Reich zu Stande gekommen und daran müssen wir festhalten. Ich freue mich, daß die Erklärung des Reichsministers sich auf diesen Boden gestellt hat. (Bravo! im Zentrum.)

§ 33 wird hierauf unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung genehmigt; ebenso debattelos der Rest des Einführungsgesetzes und hierauf auch das Gesetz über die Dienstvergehen der richterlichen Militär-Justizbeamten.

In der dann folgenden Gesamtstimmung wird schließlich die neue Militär-Strafprozess-Ordnung in namentlicher Abstimmung mit 177 gegen 83 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die Süddeutsche Volkspartei, die Abgg. Vech und Welfen, das bayerische Zentrum mit Dr. Schmitt-Walting, Dr. Sigl und einige Konservative (Graf Limburg-Stirum, Graf Kainig, v. Kormann und v. Dewitz).

Sodann wird die neulich begonnene zweite Beratung des von den Abgg. Dr. Haase und Genossen (natl.) beantragten, von der Kommission zur Annahme empfohlenen Gesetzentwurfes betreffend den Verkehr mit süddeutschen Südmitteln fortgesetzt.

Die §§ 1 und 2 werden debattelos angenommen.

Zu § 3 (Verbot der Verwendung künstlicher Südstoffe zur Herstellung von Bier, Wein u. s. w.) beantragt

Abg. Dr. Hermes (fr. Sp.) hier hinter „Herstellung von“ einzufügen „nicht obergährigem“. Zur Begründung weist Antragsteller darauf hin, daß eine große Zahl kleiner Brauereien in ihrer Existenz bedroht sein würden, wenn man ihnen die Verwendung von Saccharin auch verbieten würde. Leider seien gerade diese kleinen obergährigen Brauereien nicht organisiert, deshalb hätten sie noch keine Petition an den Reichstag gelangen lassen können. Eine solche werde aber jetzt vorbereitet und darin die Mithilfe des Saccharins für diese Brauereien eingehend dargelegt. Er bitte um Annahme seines Antrages.

Abg. Wurm (Soz.): Es liegt keineswegs im Interesse der obergährigen Brauereien, wenn man ihnen gestattet, ein solches Hilfsmittel zu gebrauchen, das doch im großen und ganzen nur zur Schädigung und zum Betrügen des Konsumenten angewendet werden wird. (Sehr richtig!) Will man den obergährigen Brauereien helfen, so mag man Steuerfreiheit für das obergährige Bier wenigstens gewähren, das von der ärmeren Bevölkerung getrunken wird. Dann könnte sich das obergährige Bier ein großes Absatzgebiet erobern, und der Schnapssteuerverlust gegenwärtig werden. Das Saccharinbier ist und bleibt unwerthig, es enthält eben nicht, was es enthalten soll. Man will Maltozucker genießen und ein Getränk haben, das einen Gährungsprozess durchgemacht hat. Wir sind in Norddeutschland ja ohnehin gegenüber Süddeutschland gestraft genug, daß wir keine billigen guten Weine haben wie in Süddeutschland, warum sollen wir nun auch schlechte Biere trinken! (Alles richtig.) Von Ueberrempelung kann keine Rede sein, die Kommissionsberatungen haben sich lange genug hingezogen. Wir können es vielmehr so vor, als wenn in der allerletzten Zeit eine Anzahl Brauereien, welche „Saccharin“ benutzen, sich in die Oeffentlichkeit gewagt haben, während sie es früher für richtig hielten, es nicht an die große Glocke zu hängen, daß sie Saccharin brauchen. (Sehr richtig!) Sie haben eine Petition unterschrieben, die, wie aus Originalbriefen von Kahlberg, List u. Ko. in Salze hervorgeht, von dieser Saccharinfabrik entworfen ist. (Heiterkeit.) Es heißt in einem Briefe vom 14. April 1898 dieser Firma: „Wir selbst werden bemüht sein, die von uns entworfenen und von den Brauereien ausgehende Petition an den Reichstag gelangen zu lassen.“ (Heiterkeit und sehr gut.) Ich sagte in einer früheren Sitzung, daß diese Saccharinfabrik 1000 M. für die Saccharin-Erlaubnis ausgelegt hat. Sie hat es nachher bestritten und eine Verichtigung angefordert, die aber keine Verichtigung ist. Ich habe hier die Originalbriefe der Firma. Im dem Briefe vom 15. April heißt es unter anderem: „Im Anschluß an unseren heutigen Brief möchten wir, um jedes Mißverständnis zu vermeiden, noch besonders betonen, daß die erwähnte Vergütung an den Bund der mittleren und kleinen Brauereien der norddeutschen Brauereivereinigung überhaupt nur dann in Frage kommt, wenn der Bund tatsächlich eine wirksame Petition und Gegenagitation offiziell an den Reichstag richtet und damit den Erfolg erzielt, daß der gegnerische Antrag Paasche im Reichstage abgelehnt wird und die Verwendung des Saccharins gestattet bleibt.“ (Heiterkeit.) Wir sollten uns doch nicht identifizieren mit dieser Art von Agitation; wir meinen, daß die Sache schon gerichtet ist, wenn man solche Mittel benutzt, um Stimmung dafür zu machen. Der Versicherung dieser 908 Brauereien, daß sie ohne Saccharin nicht existieren können, kann ich keinen Glauben schenken, denn dieses Mittel wird nicht etwa seit Jahrzehnten in der Brauerei angewendet, sondern ist erst in den allerletzten Jahren zur Verwendung gelangt. So tief ist das deutsche Brauereiwesen noch nicht gesunken, daß wir nicht instande wären, ein brauchbares Getränk herzustellen ohne Anwendung des Saccharins, das doch überhaupt erst seit kurzer Zeit benutzt wird. Herr Hermes meinte, es wäre mit Hilfe des Saccharins möglich, den Export des norddeutschen Bieres zu heben.

Soziales.

Die geistlichen Vorkämpfer der katholischen Arbeitervereine Nord- und Ost-Deutschlands beschlossen auf ihrer ersten Jahreskonferenz, die am Sonntag in Berlin abgehalten wurde, eine Resolution, worin der Zusammenschluß der Vereine zu einem Verbande empfohlen wird. Der Delegiertentag der Vereine soll am Pfingstfesttag im hiesigen Leo-Hospiz abgehalten werden.

Zwangszimung für das Buchbinder-Gewerbe in Leipzig. Die Kreisbauernschaft zu Leipzig hat auf Antrag der Buchbinder-Zimung angeordnet, daß vom 1. September 1898 an sämtliche Gewerbetreibende, die in der Stadt Leipzig das Buchbinderhandwerk ausüben, der dortigen Buchbinder-Zimung anzugehören haben.

Der agrarischen Begehrlichkeit nach der billigen Arbeitskraft der Schulkinder hat das weimarisches Ministerium eine kleine Schraube gesetzt. Es ordnete an, daß die Bestimmungen, wonach Schulkinder nicht länger als fünf Stunden täglich zu Feldarbeiten herangezogen werden dürfen, auch während der Ferienzeit und der sonstigen schulfreien Tage ihre Geltung behält.

Wie arg muß die Schädigung des Schulunterrichts durch die Ausbeutung der Kinderarbeit sein, das in der Hera des Bundes der Landwirthe eine Regierung — leider nicht die preussische! — den biederen Agrariern etwas auf die Finger zu klopfen mag!

Volksversicherung in der Schweiz. Der Große Rath (Landtag) des Kantons Neuchâtel hat ein Gesetz über die Volksversicherung beschlossen, das am 1. Januar 1899 in Kraft treten soll. Die Versicherung hat fakultativen Charakter, erstreckt sich auf das Alter und den Todesfall und steht allen Familienvätern offen, welche Bürger des Kantons Neuchâtel sind, ferner allen übrigen Schweizerbürgern nach sechsjährigem Aufenthalt im Kanton Neuchâtel, und endlich allen Wittwen und geschiedenen Ehefrauen, welche Kinder haben. Zum Zweck der Versicherung wird eine kantonale Volksversicherungskasse errichtet, deren Leitung den Versicherten selbst, deren Aufsicht und Kontrolle aber dem Lande übertragen wird. Die jährlichen Zuschüsse des Staates werden auf 85 000 Franks veranschlagt. Die Prämien haben die Versicherten monatlich zu bezahlen und bei Zahlungsunfähigkeit hat die Gemeinde die Beiträge zu entrichten. Die Versicherungssumme für den Todesfall kann 1000—5000 Fr. betragen, die monatliche Altersrente, die vom 60. Lebensjahre an ausbezahlt wird, 30 bis 100 Fr. Der staatliche Zuschuß zur Renteprämie beschränkt sich auf eine Versicherungssumme von 500 Fr. für den Todesfall und auf eine Altersrente von 30 Fr. monatlich. Für die über diese Grenzen hinausgehenden höheren Versicherungssummen hat der Versicherte die Prämie allein zu bezahlen. Die Kosten der Verwaltung wie auch der ärztlichen Untersuchung und des höheren Risikos bei gesundheitlich schwachen Personen übernimmt der Staat. — Ein ähnlicher Gesetzentwurf, den der konservative Odier ausgearbeitet hat, liegt zur Zeit auch dem Genfer Großen Rathe vor.

Drei Volksasylatorien für Lungenkranke werden in Schweden errichtet werden, und zwar je eins im nördlichen, mittleren und südlichen Theile des Landes. Der Staat giebt zu allen das Terrain und das nöthige Bauholz unentgeltlich her; für die Einrichtung des Sanatoriums im südlichen Schweden hat der Reichstag 850 000 Kronen bewilligt und für die beiden anderen ist die Summe von 2 200 000 Kronen bestimmt, die dem König Oskar bei seinem Regierungsjubiläum als Geschenk gespendet wurden.

Gewerkschaftliches.

Ausland.

Der Kampf im Kohlenrevier von Süd-Wales, so schreibt unser Londoner Mitarbeiter, dauert unerbittlich fort und droht, wenn nicht durch Vorgänge außerhalb des Kampfgebietes ein Druck auf die eine oder andere der kämpfenden Parteien ausgeübt wird, sich noch recht lange hinzuziehen. Die Hilfsesuche der Ausständigen an die organisierten Arbeiter anderer Bezirke und Gewerkschaften sind bis jetzt ziemlich erfolgreich ausgefallen. Die Bergarbeiter-Föderation, die von früher her manchen Grund zur Beschwerde gegen die Ballifer hat, hat auf einer am letzten Dienstag in London abgehaltenen Konferenz nach Anhören einer Deputation aus dem Streikrevier aus eigener Vollmacht beschlossen, sofort 1000 Pfd. Sterl. nach Wales zu schicken und wöchentlich 500 Pfd. folgen zu lassen; weiter aber sollen die Distrikte befragt werden, ob nicht eine höhere Unterstützung am Platze sei und gegebenenfalls eine Extrakonferenz einberufen werden, um über die wirksamsten Schritte zur Unterstützung der Ballifer zu beraten. In verschiedenen Grafschaften, wo die Bergarbeiter Lohnrückstellungen durchgesetzt haben, sind Extrazinsen von 1 Schilling und darüber die Woche für die Kollegen in Wales bewilligt worden und ebenso besteuern sich selbstverständlich die Arbeiter derjenigen Gruben in Süd-Wales, die außerhalb des Unternehmers-Verbandes stehen. Ferner haben die Leiter der großen Gewerkschaften der Maschinenbauer, Steinmaurer etc. des Verbandes der Eisenbahner und anderer größerer Organisationen versprochen, ihren Komitees die Bewilligung namhafter Unterstützungen zu empfehlen, und das gleiche werden die Leiter der großen Verkaufsgenossenschaften thun. Kurz, im ganzen ist die Bereitschaft zur Hilfeleistung größer als nach manchen, in der ersten Zeit gefallenen Aeußerungen angenommen wurde. Ob aber bei alledem genug Mittel werden aufgebracht werden können, um die Ausständigen und die durch den Ausstand Arbeitslosen annähernd mit Mitteln gegen die äußerste Noth zu versorgen, ist mehr wie zweifelhaft. Es handelt sich um über 150 000 Arbeiter mit ihren Familien, und da sind selbst sehr nehmenswerthe Summen wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Neben Verträgen über die Nothlage unter den Arbeitern treffen schon Berichte über die Noth von Händlern ein, bei denen die Arbeiter sonst ihren Bedarf einkaufen und in Fällen von Arbeitslosigkeit auf Kredit entnehmen. Das frühe Eintreten solcher Erscheinungen ist die Folge des Mangels jeglicher leistungsfähigen Organisation unter den Arbeitern, und nach den Erklärungen, welche ihre Wortführer auf der Konferenz der Bergarbeiter-Föderation abgaben, kann als sicher angenommen werden, daß eine der Folgen des jetzigen Lohnkampfes der Aufbau einer richtigen Gewerkschaft unter den Bergarbeitern von Süd-Wales sein wird.

Inzwischen hat der Vorstand der Bergarbeiter-Föderation dem Vorstand des Unternehmersbundes im Verbandsgebiet die Forderung einer Lohnerhöhung von 10 pCt. gestellt. Nach den zwischen beiden Verbänden vereinbarten Verträgen werden einige Wochen vergehen, bis es zu einer endgültigen Antwort der Unternehmer und der Entscheidung darüber kommt, ob die Sache ohne Ausstand erledigt werden wird. So oder so müßte die Erhebung der Forderung auch den kämpfenden Arbeitern in Wales zu gute kommen. Mit Bezug auf diese ist noch zu bemerken: Den Veröffentlichungen der Unternehmer gegenüber, daß die Arbeiter durchschnittlich über 30 Schilling die Woche verdient hätten, hat das Komitee der letzteren festgestellt, daß die Durchschnittslöhne der letzten Jahre 22 Schilling die Woche nicht überstiegen haben. Ferner sind neben den eigentlichen Bergarbeitern auch die Bergwerks-

maschinenisten in die Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen Unabhängigkeit von dem gleitenden Lohnsatz — d. h. festen Lohn — und 10 pCt. Lohnerhöhung, die Unternehmer wollen ersteres bewilligen, aber nur 7 1/2 pCt. Lohnerhöhung zugestehen, was die Arbeiter als lächerlich zurückweisen. Wie begrifflich herrscht überhaupt eine sehr gereizte Stimmung in Wales, und die von den sozialistischen Organisationen in das Streikgebiet entsandten Redner finden den Boden für die sozialistische Lehre überaus empfänglich.

In der Möbelindustrie Londons und der Provinz, so schreibt unser Londoner Korrespondent, herrscht schon seit längerer Zeit Kampfesstimmung. Die bisher ziemlich mangelhaft organisierten Unternehmer dieses Geschäftszweiges haben sich, ermutigt durch das Beispiel der Maschinenbau-Fabrikanten, zu einem leistungsfähigen Verbande zusammengesetzt, um von den Arbeitern das Recht zur Einführung von Stüdlöhnen, Freiheit der Arbeitsvertheilung etc. — kurz, der von den Maschinenfabrikanten durchgesetzten Forderungen, zu erlangen, bezw. zu erzwingen. Die organisierten Arbeiter sind entschlossen, sich der Einführung der neuen Regeln, in denen sie einen Versuch der „Persämterung“ des Gewerkschaftswesens und der Mißlehr zum System der Schwiarbeit erblicken, mit äußerster Energie zu widersetzen. In Schottland hat der Kampf schon begonnen, in London steht er vor der Thür, und die beteiligten Gewerkschaften rüsten sich in jeder Weise auf ihn. Sie haben große Versammlungen abgehalten, um die Organisation zu kräftigen, und Extrazinsen ausgeschrieben, sowie Unterstützungssappelle ausgesandt, um von vornherein mit möglichst gefüllter Kriegskasse in den Kampf einzutreten zu können. Es kommen hier vornehmlich die Organisationen der Kunstfischer und der Möbelpolier in Betracht. In London sind die ersteren durch den etwas über 5000 Mitglieder zählenden Verein „Alliance Cabinet Makers“, die letzteren durch die Amalgamated Society of French Polishers vertreten, deren Mitgliederzahl zur Zeit nicht sehr groß ist. Groß ist (auf Seiten der Arbeiter) die Nothwendigkeit der Organisation — gering das Streben danach — heißt es in einer Erklärung der genannten Vereine in der letzten Nummer von „Macholds News-paper“. Vielleicht hat das Vorgehen der Unternehmer gerade die Wirkung, einen großen Theil der indifferenten Mehrheit der Arbeiter zum Eintritt in die Organisation zu veranlassen, jedenfalls aber muß das von den letzteren unternommene Werk als ein sehr hartes Stück Arbeit bezeichnet werden.

In dem großen dänischen Arbeiterkongress scheint nun doch Aussicht auf fruchtbare Lösung vorhanden zu sein. Die Vertreter des Arbeitgeber-Vereins und der vereinigten Handvereine hatten sich auf eine Uebereinkunft etwa folgenden Inhalts geeinigt: Von den Wahlen wird der von einem gemeinsamen Ausschuss ausgewählte Preislohnant angenommen. Die Arbeitszeit wird auf 9 1/2 Stunden angelegt, auch die Vantischler behalten eine Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden. Die kleinen Einzelstreiks werden durch Verhandlungen abgeschlossen. Eventuelle Lohnstreiks werden in Zukunft durch die Fach-Schiedsgerichte entschieden. Außerdem wurde bestimmt, daß ein gemeinsamer Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Ausschuss von sechs Mitgliedern (je zwei aus jeder Organisation und je eins außerhalb derselben) in Zukunft entsenden soll, ob entstehende Streitigkeiten ein Druck der eingegangenen Uebereinkünfte sind. — Diese Uebereinkunft ist nun vom Arbeitgeberverein in einer außerordentlichen Generalversammlung angenommen und muß nach den einzelnen Meister- und Arbeitgeber-Verbänden vorgelegt werden. An die Arbeiterverbände ist der Vorschlag zur Annahme verhandelt. Die definitiven Entscheidungen sind Anfang dieser Woche zu erwarten. Der Führer-Verband und der Malergesellen-Verein haben bereits zugestimmt. — Der „Trif. Tg.“ zufolge ist die Arbeit bereits am 2. Mai wieder aufgenommen worden.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Leinen- und Baumwollwaren

- | | |
|--|---|
| Elsasser Renforcé Meter 25 Pf. | Gartendecken 1,20 und 1,25 Mk. |
| „ Louisiana Meter 30 Pf. | Tischtücher <small>Reinleinen, gesäumt</small> 2,10, 2,20 und 2,75 Mk. |
| „ Hemdentuch Meter 35 Pf. | Servietten <small>Größe ca. 65/65 cm, gesäumt Dtz.</small> 4 Mk. |
| Halbleinen <small>ca 82 cm breit Meter</small> 48 Pf., <small>Lakenbreite ca. 160 cm</small> 95 Pf., | „ <small>Größe ca. 65/65 cm, Reinlein. gesäumt Dtz.</small> 6,25 und 7,50 Mk. |
| Reinlein. Creas <small>ca. 83 cm breit, Meter</small> 57 Pf. | Küchen-Handtücher <small>mit roter Kante, Reinlein., gesäumt Dtz.</small> 5 Mk. |
| Bettdamast, <small>Kissenbreite, Meter</small> 55 , <small>Deckbettbreite</small> 85 Pf. | Stuben-Handtücher <small>Reinleinen, gesäumt Dtz.</small> 6 Mk. |

Stickereien, Ein- und Ansätze, Stücklänge ca. 4 bis 4 1/2 Meter **40** Pf. bis **3** Mk.

Vorgezeichnete Tapiserie-Artikel

- | | | | |
|--|--------------------------------|------------------------------|--|
| Tablette-Decken <small>mit Franzen</small> 20 u. 30 Pf. | Ruhekissen 38 Pf. | Filzkissen 1,00 Mk. | Wandschoner 80 Pf., <small>weiss</small> 1,25 Mk. |
| „ <small>mit Hoblsaum</small> 20 u. 28 Pf. | Plaidhüllen 1,25 Mk. | Plaidtaschen 2,50 Mk. | Besentücher 1,50 Mk. |
| Läufer 95 Pf., 1,85 Mk., Filz 80 Pf., 1,45 Mk. | Schirmhüllen 75 Pf. | Picknickrollen 42 Pf. | Küchen-Tischdecken 85 Pf. |
| Küchen-Handtücher <small>weiss</small> 68 Pf. | Kongressschürzen 35 Pf. | Journalhalter 50 Pf. | Servietten u. Decken <small>Reinlein. ca. 40/40 cm gr.</small> 35 Pf. |
| „ <small>„ grau</small> 55 Pf. u. 1,10 Mk. | Journalhalter 50 Pf. | Bürstentaschen 50 Pf. | Bestecktaschen 1,35 Mk., Filz 1,20 Mk. |
| Stuben-Handtücher 60 Pf. u. 1,10 Mk. | | | Schrankstreifen, <small>3 Teile</small> 27 , <small>4 Teile</small> 35 Pf. |

Fertig gestickt: Uhrhalter **55** Pf. | Fussbänke **1,40** Mk.
Postkartenständer **75** Pf. | Picknickrollen **85** Pf.

Warenhaus A. Wertheim

Theater.

Donnerstag, den 5. Mai.
Opernhaus, Margarethe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus, Wano. Anfang 7 1/2 Uhr.
Madame Tullre. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Hedda Gabler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Erkling. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Kinder der Sühne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Die Frau ohne Welt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Galeotto. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Der Operndieb. Anfang 7 1/2 Uhr.
Niesse. Die Brüder der Dänischheit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichen. Sein Trist. Anfang 8 Uhr.
Cholla. Die Cabarer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Chend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Central. Geschloffen.
Velle-Milance. Die Kernefen. Anfang 8 Uhr.
Eulien. Der jugliche Lieutenant. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Voltchelmhändel. Anfang 8 Uhr.
Neganderplatz. Eine Gefasene. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49.
Rainfund. Wandfestung. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr.
Suvaldenerstraße 57-58. Täglich (außer Sonntag und Mittwoch) abends 8 Uhr. Wissenschaftliche Vorträge.
Passage-Panopticon. 30 schwarze Wäbden aus unseren afrikanischen Kolonien.
Mybelle. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater

(Wollner-Theater).
Donnerstag:
Galeotto.
Freitag:
Ein gemachter Mann.
Sonntag:
Galeotto.

Urania

Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. - Abends 8 Uhr: - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlüge.

Ostend-Theater.

Unter der Polarsonne.
 Am 10. Mai fadet das 30-jährige Schauspiel-Jubiläum des Direktors Carl Weick statt; zur Aufhebung gelangt: Der Stadtprompter.
Freitag:
Lezte Woche! Letzte Woche!
 Zum 98. Male:
Unter der Polarsonne.
 Am 10. Mai fadet das 30-jährige Schauspiel-Jubiläum des Direktors Carl Weick statt; zur Aufhebung gelangt: Der Stadtprompter.

Passage-Panopticon.

36 schwarze Mädchen
 aus unseren afrikanischen Kolonien.
 Vorstellungen 12, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr.

Luisen-Theater

34. Reichendergerstraße 34.
 Abends 8 Uhr:
4. Schauspiel von Emma Gräzling: Der jüngste Lieutenant.
 Poffe mit Gelang in 3 Akten v. Ed. Jacobson. Musik v. G. Lehnhardt.
Freitag: Arme Wiege!
 Marie: Anna Müller-Lincke.
Borchelungen v. Wilhelm durch Teichpostl mit 4. Nr. 2074 werden ohne Aufgeld an der Abendkasse reieriert.

Castan's Panopticon.

Friedrichstr. 105.
Ein lebender Riesen-Orang-Utan
 der Waldmensch* von der Insel Borneo, 1 1/2 Met. hoch.
Salambo, die schöne Schlangenbändigerin.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 21.
 Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Novitäten-Programm.
Sittliche Liebe, Velle, Unglückliche Familienverhältnisse
 Hartha Lorenzi, Marietta Berndt, Köpflmaudrette, Köpflmaudrette, Clemlens Focke, Clementsumortil.
 Anfang: } Freie der Pläge
 Wochentags 8 Uhr. } wie
 Sonntags 6 Uhr. } gewöhnlich.
 Eröffnung der Sommerkassan am Donnerstag, den 19. Mat, in schattigen Sommergarten.
 Spröcher, Rachtig, alle Sorten Halb- u. Vogelbauer billig. **Schnelle**, oppenfr. 60.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Vollständig neues Programm.
Robert Steidl. Edi Blum. Eugenie Fougere u. s. w. u. s. w. Henry Bender. Don Juan in der Hölle.

Carl Hagenbeck's INDICIEN

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
 BAHNSTATION
 Vorstellungen in der Arena: 5 und 8 Uhr nachm. Im Theater ab 4 Uhr beständig. ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.
 ENTREES 50 Pf.

Schweizer Garten.

Am Friedrichs-Thor. Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn. Haltestelle der Ringbahn.
Jeden Garten-Extra-Sonntag Konzert und Vorstellung.
 Kultretten der engagierten Spezialitäten. - Volkshelutungen aller Art. Zum Soale: Hall. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Pfingstsonntag.) Beginn der Hauptkassan.
 Von da ab tägliche Vorstellungen.
 An Wochentagen H Garten und Enal mit Vorstellungen und Ball an Berlin zu vergeben.
 Mehrere Sonnabende sind noch frei.
 Karl Mittag, Deconom.

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.

Eröffnung der diesjährigen Sommer-Soiten am Donnerstag, den 19. Mai 1898 (Himmelfahrtstag). Der Garten und die Lokalitäten sind gänzlich neu renoviert. Wöchentlich zweimal großes Garten-Concert (sowie Theater und Spezialitäten-Vorstellung bei gänzlich freiem Entree). Am elektrisch erlichteten Kiesen-Saal jeden Sonntag und Donnerstag: Großer Ball bei freiem Entree.
 Um recht zogen Fußpruch bittet hochachtungsvoll Karl Mittag, Deconom.

Concerthaus Leipzig, No. 48.

Hoffmann's Quartett und Humoristen.
 Täglich:
W. Noack's Theater
 Brunnen-Strasse 16.
 Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Vapa's Liebshafft.
 Schwant in 4 Akten von Malachon und Gidner.
 Nach der Vorhebung:
Tanzkränzchen.

Budapester Kaufmann's Variété

Possen- u. Operettentheater.
 Direction: Cebr. Herrnfeld.
 Den siegreichsten Erfolg der Saison erzielen die neuesten Gebrüder Herrnfeld'schen Sensationsstücke
„Die vierte Frau“
 und
„Von Dreien der Glückliche“
 mit Donat und Anton Herrnfeld und Martin Bendix in den Hauptrollen.
 Aussordern: Auftreten von Solo-Spezialitäten.
 Anfang präz. 8 Uhr. Vorverkauf von 10-5 Uhr.

Ton-Halle,

Friedrichstraße 112.
 Jeden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag: Gr. Ball. 473882*

Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75. (Sub. Marlin Herzberg.)
 Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten in komulant Bedingungen.

Heut u. folgende Tage dieser Woche in frischerster Qualität:

Zander	40 Pf. pro Pfund
Eis-Hechte	40 "
Eis-Barsche	30 "
Schellfische	20 "
Cabliao	20 "
Bratschollen (Finndern)	15 "
Seezungen von 75 "	an

Aus anderen Fischsorten in reichster Auswahl zu niedrigsten Tagespreisen.
16. Dragonerstr. 16, Otto Gundermann

II. Ziehung d. 4. Klasse 198. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 4. Mai 1898, nachmittags.
 Aus der Maschine über 210 Wurf hat den betreffenden Nummern in Zehnerteile beigefallen:
 (Eine Gewähr.)

40	167	80	368	13000	505	3000	753	1103	431	36	809		
2312	61	78	81	101	82	251	60	508	83	86	3000	643	738
936	79	3000	97	3001	198	776	526	606	882	4152	234		
43	343	414	62	702	802	978		5017	113	237	337	41	469
57	6	36	509	599	626	66	278	74	81	90	118	642	789
7032	80	18000	209	94	88			8015	40	49	50	54	10000
84	143	327	455	602	619	888	951	63	9082	104	66	366	
832	78	788	946										
10008	147	50	92	207	56	365	677	858	11085	114	21		
282	85	646	846	934	77	12018	77	141	511	47	533	72	634
802	51	13025	360	3000	77	478	800	902	14163	58			
286	74	423	21	561	678								
794	56	18178	82	184	322	408	534	335	891	907	17	99	
17046	128	300	406	44	528	61	607	576	16	30	18431	66	
92	34	308	55	465	66	668	82	783	18027	128	252	1500	
40182	469	620	988	21181	55	291	401	667	820	500			
92001	1500	173	208	422	365	429	604	10	34	300	829		
92	51	20013	92	121	62	384	408	24176	207	396	510		
81	1500	750	75	50000	843	57	949	73	25034	101			
93001	228	40	624	772	5000	809	54	98	907	40	79		
16050	193	216	300	492	5000	506	615	78	764	3000	928		
27120	390	541	89	890	2902	56	1000	403	89	713	821		
29002	57	805	81	423	555	064	70	709	87	926	982		
30029	179	433	3000	506	80	620	77	709	62	989	41		
64	51331	78	659	32015	192	8000	845	916	3000	59			
72	33453	514	22	84	679	759	857	107	130	349	5	110	
66	240	417	574	94	698	710	84	809	33116	406	15000	19	
64	15901	549	71	98	601	795	858	36060	67	148	321	63	
434	65	684	6	2395	11500	335	362	37048	143	79	90		
630	611	39	45	62	823	71	970	15000	88	1000	337	376	
19	418	320	21	613	3000	74	785	915	56	30	11	1500	
189	282	91	308	665	745	1500	985						
40	889	3000	115	67	279	91	516	85	820	32	41068		
3000	110	237	51	429	39	57	71	505	604	30	748	42808	
285	82	396	40	490	616	43151	390	1500	405	78	86	666	
646	761	88	96	3000	808	92	61	84	44045	541	1000		
63	594	381	43071	64	122	84	611	94	88	727	848	916	92
61	1600	211	53	576	797	864		42719	264	744	444	5000	99
81	400	667	944	4	9050	125	78	218	345	631	890	49188	
811	418	300	704	30	5000	815	918	58					
50706	384	970	51011	271	387	420	765	000	52103				
241	429	604	758	808	982	64034	601	24	816	628	338	54	
52121	67	89	227	326	496	577	1000	808	72	85008	516		
28	549	80	286	286	415	51	575	722	564	5000	57026		
228	37	459	87	623	77	788	88919	177	298	521	60	643	
68	180	99	200	712	78	898	78	954	58	5908	499	823	
6016904	372	566	751	900	61029	75	134	329	513				
66	99	000	73	743	850	963		662	132	678	18	389	
673	87	447	572	652	978	63188	68	69	629	67	304	1500	
630	65	629	3000	741	45	854	95	3000	983	21	64173		
84	215	48	42	531	614	745	875	948	950381	54	107		
124	65	88	327	45	635	947	68227	1300	342	444	65		
636	701	937	6708	210	78	443	714	845	89544	819			
62	61	574	1500	628	89	62	752	869	99	900	2	18	28
20	60178	292	413	474	80	822	37	624	64	117	118	969	78
70147	697	835	62	932	71168	480	66	598	846	92			
22259	60	80	383	443	623	694	780	961	73007	127	92		
62	21	78	560	757	65	892	74187	200	17	78	479	788	989
73214	1600	240	58	63	18000	432	533	660	705	45	88	997	
9000	76058	138	229	898	711	77051	273	800	719	813			
998	78013	25	145	552	662	844	1000	967	789	2	63		
72	21	91											

119055	119015	294	422	71	524	688	800	91	650	119055			
199	214	25	404	1509	30	40	70	831	29	3000	787	819	
122114	81	56	352	627	39	1500	52	61	70	82	84	725	892
989	124308	1500	100	75	300	1500	357	67	720	1242987			
210	1800	16	248	91	667	72	3000	97	125110	933	9	82	
94	618	67	3000	921	31	75	90	120006	345	308	588	500	
96	60	84	84	91	27094	203	15	280	585	616	1	807	925
128086	50	159	1500	82	211	833	418	713	190061	196			
880	513	77	670	709	801	5	81						
130029	300	120	91	806	15	446	539	654	577	958			
131124	56	77	214	6000	436	412	16	74	83	858	85	670	
713	818	1500	65	91	946	132031	1500	117	293	341	650		
903	133011	167	239	322	535	631	67	889	906	13			
134025	159	311	54	85	430	74	501	624	25	29	32	69	94
700	308	83	3000	941	125009	132	60	73	263	599	649		
848	15000	984	130019	171	282	445	888	748	15000	49			
1500	72	1500	888	137010	138	218	201	9	7	8	50	612	
711	819	665	97	138097	392	509	603	35	629	92	3000	59	
77	641	45	1000	724	882	929	74	1800	130074	326	57		